

Aktuelle Chronik

Chronik der politischen Entwicklung Asiens vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1972

UWE G. FABRITZEK

Die vorliegende Chronik soll umfassend über die relevanten Ereignisse im asiatischen Raum informieren, wobei Daten und Fakten im einzelnen belegt werden, um über die aktuelle Information hinaus die Funktion einer Art Nachschlagewerk zu übernehmen.

Die verwendeten Quellen werden aus dem nachstehenden Abkürzungsverzeichnis ersichtlich, wobei Querverweise auf Zeitungsartikel in der Regel als Hinweise auf ausführlichere Darstellungen und Hintergrundmaterial zu verstehen sind.

Eine Aufnahme von Dokumenten ist prinzipiell wegen des begrenzten Umfangs der Chronik nicht vorgesehen, doch bestimmt auch hier die Ausnahme die Regel.

Zur Gliederung: Die Chronik ist in die Region Süd-, Südostasien, Indochina und Ostasien unterteilt. Innerhalb der einzelnen Regionen wird die Entwicklung der einzelnen Staaten im Berichtszeitraum dargestellt, wobei eine Unterteilung in Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik notwendig erschien. Eine exakte Trennung dieser Bereiche ist jedoch aufgrund der Komplexität der Ereignisse und ihrer Verflechtung nicht möglich und wird auch nicht angestrebt.

Zum Berichtszeitraum: Die „Aktuelle Chronik“ berichtet jeweils über das volle Quartal, das vor dem Erscheinungsmonat des Heftes liegt. Dementsprechend umfaßt die vorliegende Chronik die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1972. Wenn nicht anders vermerkt, beziehen sich die angegebenen Daten sämtlich auf 1972.

U.G.F.

Abkürzungen

| | |
|---------|---|
| ADN | – Amtliche Deutsche Nachrichtenagentur, DDR |
| AFP | – Agence France Press, Frankreich |
| AIR | – All India Radio, Indien (nach MD) |
| ATA | – Albanian Telegraph Agency |
| BTA | – Bulgarian Telegraph Agency |
| CTK | – Československá Tisková Kancelár (Agentur der CSSR) |
| DPA | – Deutsche Presseagentur, BRD |
| FCN | – Free China News (Taipeh) |
| FAZ | – Frankfurter Allgemeine Zeitung |
| FE | – Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, BBC London |
| FEER | – Far Eastern Economic Review, Hongkong |
| HNA | – Hsinhua News Agency, Daily Bulletin, London |
| ISI | – Indian Standards Institutions, Rundfunk Indien |
| Isv | – Isvestija, Moskau |
| JAT | – The Japan Times, Tokio |
| JMJP | – Jen-min Jih-pao (Volkszeitung), Peking |
| KCNA | – Korean Central News Agency, Nordkorea |
| KMJP | – Kuang-ming Jih-pao, VR China |
| Kr. Sv. | – Krasnaja Svesda, Moskau |
| MD | – Monitor-Dienst der Deutschen Welle, Köln |
| MENA | – Middle East News Agency, Ägypten |
| MTI | – Magyar Távírási Iroda, Nachrichtenagentur Ungarns |
| NCNA | – New China News Agency, VR China |

| | |
|------|--|
| ND | – Neues Deutschland, DDR |
| NZ | – Neue Zeit, Moskau |
| NZZ | – Neue Zürcher Zeitung |
| PAP | – Polska Agencja Prasowa, Nachrichtenagentur Polens |
| Pr | – Prawda, Moskau |
| PR | – Peking Rundschau, Peking |
| R. | – allgemein für Radio |
| RD | – Rabotnicesko Delo, Bulgarien |
| RP | – Radio Peking (nach MD) |
| SCMP | – South China Morning Post, Hongkong |
| SZ | – Süddeutsche Zeitung, München |
| TASS | – Telegrafnoje Aгенstwo-Sowetskowo Ssojusa, UdSSR |
| TST | – The Straits Times, Manila |
| USIS | – United States Information Service |
| VNA | – Vietnam News Agency, Nordvietnam |
| W | – Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, Weekly Report |

A. Südasien

1. Afghanistan

Innenpolitik Am 6. Dezember nahm König Mohammed Zahir Shah das Rücktrittsgesuch von Ministerpräsident Abdul Zahir Ahm an, das dieser schon im September gestellt hatte, aber vom König aufgefordert wurde, diese Entscheidung zu überdenken (NZZ 8. 12. 72). Anlaß für den Rücktritt ist der Sprachenstreit, der die Arbeit des Parlaments praktisch lahmlegte. Am 11. Dezember wurde die Zusammensetzung des neuen Kabinetts bekannt, das von Premierminister Musa Shafik gebildet wird, der gleichzeitig das Außenministerium übernimmt. Die wichtigsten Posten sind durch Khan Mahammad (Verteidigung), Nema T. Pazwak (Inneres) besetzt. (R. Kabul, FE 4169). In seiner Regierungserklärung führte Shafik zur Innenpolitik aus, daß das einzige große Problem die Pashtunistan-Frage sei, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß mit ausländischer wie internationaler Unterstützung die Regierung in der Lage sein werde, den laufenden Fünf-Jahres-Plan durchzuführen, dessen Schwerpunkt auf der Landwirtschaft liegt. Für die Außenpolitik betonte er die Neutralität seines Landes und die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zu den Nachbarn, wobei er die VR China und die UdSSR hervorhob. Mit Bangla Desh sollen „zu gegebener Zeit“ diplomatische Beziehungen aufgenommen werden (R. Kabul 13. 12. 72, FE 4172). Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme resultieren vordringlich aus der seit zwei Jahren anhaltenden Dürre, infolge der in der Provinz Ghorda schon Tausende verhungert sein sollen (FAZ 4. 11.).

Außenpolitik Mit Ungarn wurde am 25. November ein Kulturaustauschprogramm für 1973/74 unterzeichnet, in dessen Rahmen eine Reihe von Studenten und Wissenschaftlern Stipendien für Ungarn erhalten werden (R. Kabul 25. 11. 72, FE 4157). Handelsabkommen für 1973 wurden mit der CSSR (am 3. 12.) und der UdSSR (am 20. 12.) unterzeichnet (R. Kabul 3., 20. 12., FE 4177 W 703).

2. Bangla Desh

Innenpolitik Die innenpolitische Szenerie ist weiterhin von Schmuggel, Korruption, wirtschaftlicher Instabilität und sozialen Unruhen gekennzeichnet. Trotzdem scheint es der Regierung gelungen, die Verhältnisse teilweise in den Griff bekommen zu haben. Verantwortlich für die Unzulänglichkeiten werden auch weiterhin „antisoziale Elemente“ gemacht. Insgesamt sollen über 41 000 Personen unter der Beschuldigung der Kollaboration und Korruption, unter ihnen 275 Polizeibeamte, verhaftet worden sein (R. Dacca 3. 10., FE 4110 JAT 8. 10.). Keine Aussicht scheint für die Bihari auf eine Assimilation zu bestehen. Ihre Zahl beträgt nach Schätzungen 500 000 bis 1,5 Mio., ihre Situation ist davon gekennzeichnet, daß sie auf die Hilfe ausländischer Organisationen angewiesen sind und keine Arbeitsmöglichkeiten haben – wie auch ein großer Teil der Bengalen. Derzeit wird eine Fragebogenaktion in den Internierungslagern durchgeführt um Details über Verhältnisse, Ausbildung etc. zu erfahren. Die Bihari gelten als propakistanisch; die Regierung würde sie gern gegen die

Bengalen in Pakistan austauschen, das aber nicht einverstanden ist. (Dawn 4. 10., NZZ 27. 10.) Am 8. 10. wurde der neue Verfassungsentwurf fertiggestellt (AIR 8. 10.), anschließend der Verfassunggebenden Versammlung zur Beratung vorgelegt und gebilligt (Dawn 13. 10.). Der Entwurf sieht u. a. die Schaffung eines auf „demokratischen Grundsätzen beruhenden Sozialismus“ vor, die Einführung der parlamentarischen Demokratie, eine dem Parlament verantwortliche Exekutive, ein Einkammerparlament mit 300 vom Volk (für 5 Jahre) gewählten Mitgliedern, von denen 15 Frauen vorbehalten sind. Am 4. 11. wurde die Verfassung verabschiedet, am 16. 12. (dem Jahrestag der Unabhängigkeit), trat sie in Kraft (Dawn 13. 10., NZZ 28. 10., FAZ 31. 10., R. Dacca 4. 11., FE 4137). Am 18. 12. wurde der Oberste Gerichtshof gegründet, Präsident A. S. Chowdhury gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Gerichtshof die Gleichheit aller Bürger, ungeachtet ihrer Kaste, Hautfarbe und Abstammung, garantiere (R. Dacca 8. 12. FE 4175). Premier Rahman sprach am Unabhängigkeitstag vor 300 000 Menschen; u. a. dankte er Indien für die Hilfe gegen Pakistan, und erwähnte die Gefahr eines bewaffneten Aufstandes, der von Oppositionspolitikern initiiert werde (NZZ, FAZ 18. 12.). Tatsächlich kam es zu einer Reihe von Unruhen: Mitte Oktober kam es zu Zusammenstößen zwischen Hindus und Moslems in Dacca, Anfang November zu Unruhen wegen der Sprachfrage in Assam, und am 25. 11. wurde über einen Teil von Dacca der Ausnahmezustand verhängt, um gegen „antisoziale Elemente“ vorgehen zu können (R. Bangla Desh 2. 11., R. Dacca 25. 11. FE 4155). Am 20. 11. wurde der frühere Gouverneur in Ostpakistan, A. M. Malik, für schuldig befunden, den Krieg gegen Bangla Desh hervorgerufen zu haben und zu lebenslänglicher Haft verurteilt (SZ 22. 11.).

Wirtschaftspolitik Die Regierung strebt eine sozialistische Wirtschaftsform an. Nach Industrieminister S. M. Islam wurden bereits 83% des nationalen Kapitals verstaatlicht, wovon vor allem die Juteproduktion, ihr Export und die Schwerindustrie betroffen waren (R. Dacca 28. 9. W 693). Die Kleinindustrie soll ausgespart bleiben, da ihre Leitung eine zu „große Belastung für die Regierung“ bedeute (Dawn 29. 9.). Am 1. 10. wurden 4700 „fair-price“-Läden im ganzen Land eröffnet, die staatlicher Kontrolle unterstehen, die Verbraucher vor Geschäftemachern schützen und eine ordnungsgemäße Verteilung der Lebensmittel ermöglichen sollen. Die Läden sollen später in Genossenschaften übergehen (Dawn 2. 10.). Der Minister für Landreform, A. R. Sanyabad, kündigte an, daß künftig jeder landlose Bauer eineinhalb Morgen, Mitglieder von Genossenschaften drei weitere Morgen Land erhalten sollen (R. Dacca 4. 11. FE 4111). Die Abhängigkeit von Entwicklungshilfe führte zu Differenzen, da Finanzminister T. Ahmad fürchtet, daß das Land dadurch in eine „neoimperialistische Abhängigkeit“ gerate, während Industrieminister N. Islam wirksame Hilfe für das Land erwartet. Unmittelbarer Anlaß für die Differenzen war die Gründung einer Beratergruppe der Geberstaaten mit der Weltbank (R. Dacca 12. 11. FE 4144, FAZ 13. 11.). Der Aufbau des Verkehrswesens macht Fortschritte: am 12. 10. wurde die größte Eisenbahnbrücke Bangla Deshs über den Ganges wiedereröffnet (ADN 12. 10.) und am 28. 11. bekanntgegeben, daß 80% des Eisenbahnnetzes bis zum 1. 12. wiederhergestellt und 40 neue Zugverbindungen sogar hinzugekommen seien (R. Bangla Desh 28. 11.).

Außenpolitik Am 19. 10. wurde Bangla Desh in die UNESCO aufgenommen, am 10. 11. in das GATT, außerdem ist es ab 1973 Mitglied der FAO. Über die Aufnahme in die UNO stimmte Bangla Desh einem Kompromiß zu, nachdem die Vollversammlung ohne Debatte und Abstimmung ein Junktim zwischen der Aufnahme und der Entlassung der pakistanischen Kriegsgefangenen in Indien billigte (NZZ 2. 12.). Die internationale Hilfe wird fortgesetzt: von IDA und IMF erhält Bangla Desh Kredite von insgesamt 100 Mio. US-Dollar (Dawn 8., 10., 15. 10.), von der IBRD einen zum Ausbau des Fernmeldenetzes in Höhe von 4,6 Mio. Pfund (Dawn 22. 10.), während die UNO bisher Hilfe im Werte von 600 Mio. Dollar leistete (Dawn 28. 10.). Insgesamt soll sich die vom Ausland bereitgestellte Unterstützung auf 1 Mrd. Dollar (Hilfe, Anleihen und Geschenke) belaufen (R. Dacca 12. 11. W 699). Mit der UdSSR wurde am 22. 11. ein Rundfunkabkommen vereinbart; außerdem wird derzeit ein 1000-kW-Sender mit sowjetischer Hilfe erbaut (R. Dacca 22. 11. W 702). Am 29. 11. folgte ein Handelsabkommen für 1973, das eine Steigerung des Handelsaustausches vorsieht. Bangla Desh wird danach u. a. 20 000 t Rohjute, 2 Mio. m Jutetuch, 1 Mio. m Jutesäcke, 1–2000 t Tee gegen 40 000 t Paraffin, 25 000 t Eisenerz und 12 000 t Rohleinen exportieren (R. Dacca 2. 11. W 702). Außerdem wurde ein Abkommen über eine Anleihe für die Lieferung von Traktoren, Hubschraubern etc. vereinbart, (Rückzahlbar in 10 Jahren) (R. Dacca 14. 12. W 704) sowie ein Abkommen

über wissenschaftlich-kulturelle Zusammenarbeit (R. Dacca 19. 12. FE 4176). Außenminister A. Samad begann am 26. 10. eine Osteuropa-Reise, die ihn nach Jugoslawien, Ungarn, Polen, in die DDR und nach Rumänien führte. Mit Jugoslawien wurde ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Investitionen unterzeichnet (R. Dacca 26. 10., Kommunique Tanjug 30. 10.). Mit Polen sind langfristig Verträge über die wirtschaftliche Zusammenarbeit geplant (PAP 2., 5. 11.). In der DDR wurde Abdus Samad von Außenminister Winzer und Ministerpräsident Stoph empfangen (ADN 6. 11.), in Bulgarien traf er mit Außenminister Mladenoff (BTA 10. 11.) in Rumänien mit Außenminister Macovescu zusammen (Agerpres 10. 11.). Mit der CSSR wurde ein Fünf-Jahres-Handelsabkommen unterzeichnet, ein Kreditabkommen über 10 Mio. Pfund und eines über die Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Bereich (Dawn 28. 10., Tass 31. 10.). Die DDR schenkte 100 Schreibmaschinen mit bengalischen Schriftzeichen (R. Dacca 9. 10. W 695) und erklärte sich bereit, die Ausstattung medizinischer Hochschulen zu übernehmen (R. Dacca 8. 12. W 704). Die Beziehungen zu Indien haben an Herzlichkeit eingebüßt. Am 8. 10. wurde der Grenzhandel eingestellt, da dieser ohne wirkungsvolle Kontrolle der Grenze nicht möglich sei. (R. Dacca 9. 10. FE 4114). Am 2. 11. wurde ein Transitabkommen unterzeichnet (R. Bangla Desh 2. 11.), am 14. 11. folgte eines über den Export von Jute im Werte von 76 Mio. Taka in den nächsten drei Monaten ab Dezember (R. Bangla Desh 14. 11. W 700). Ende November besuchte Präsident Chowdhury Indien, zu seinen Ehren gab Präsident Giri am 26. 11. ein Bankett, auf dem die engen und freundschaftlichen Kontakte hervorgehoben wurden (R. Neu Delhi 27. 11. FE 4157). Gleichwohl haben sich die Beziehungen verschlechtert, die Bengali stehen Indien teilweise feindselig gegenüber (FAZ 3. 11.). Eine Handelsdelegation aus Ägypten besuchte Dacca Mitte Dezember und unterzeichnete ein Handelsabkommen am 15. 12., ohne daß Bangla Desh bisher von Kairo anerkannt wurde (R. Dacca 18. 12. FE 4175). Ghana anerkannte Bangla Desh am 8. 12. (R. Accra 8. 12.), Thailand am 5. 10. (R. Dacca 5. 10. FE 4112).

Die Bundesrepublik bot am 27. 10. ein Geschenk in Höhe von 2,5 Mio. Taka zur Finanzierung des Ashuganj-Kraftwerkes an (R. Dacca 27. 10. W 698); am 1. 11. wurde mit Dänemark ein Abkommen über technische Hilfe unterzeichnet (R. Dacca 1. 11. W 698) und vom 17. bis 19. 11. hielt sich der Außenminister Schwedens, K. Wickman, in Dacca auf (R. Dacca 17. 11. FE 4149). Am 11. 12. entschied die Regierung, eine Mission bei den EG in Brüssel einzurichten (R. Dacca 1. 12. FE 4163).

3. Indien

Innenpolitik Studentische Unrast, Unzufriedenheit über steigende Preise und Arbeitslosigkeit, das Wiederaufleben zentrifugaler Kräfte in einzelnen Staaten bestimmen die Situation. In Assam kam es zu Auseinandersetzungen über die Entscheidung, an der Universität Gauhati, Assamesisch und Englisch zu Unterrichtssprachen zu erklären, Bengali aber ebenfalls zuzulassen. Die Auseinandersetzungen zogen sich bis Mitte November hin, Armee mußte eingesetzt werden, der Ausnahmezustand wurde verhängt, es gab Tote, Verletzte und Verhaftete (R. Delhi 15., 16. 10. FE 4120, 22 NZZ 16. 11.). Im Nagaland setzte sich der Kampf um die Unabhängigkeit fort, der ehemalige Chefminister T. N. Anaani sowie fünf Parlamentsangehörige der oppositionellen „United Democratic Front“ wurden am 12. 10. verhaftet, am 31. 10. wieder freigelassen (R. Delhi 12. 10., 31. 10. FE 4137). Die Schulen in Punjab bleiben weiterhin wegen der Studentenunruhen geschlossen, wofür der Chefminister den US-Geheimdienst CIA verantwortlich macht (R. Delhi 16., 18. 10. FE 4122, 23). In Andhra Pradesh setzten sich die Unruhen wegen der sogenannten „Mulki Rules“ (seit 1965 in Kraft, die alle Stellen im unteren Staatsdienst nur für jene Leute vorbehalten, die seit mindestens 15 Jahren in Telengama leben) fort. Indiens Oberster Gerichtshof bestätigte dieses Gesetz am 3. 10. Die Situation wurde durch die Forderung, einen eigenen Andhra-Staat zu gründen, verschärft, 8 Minister des Gliedstaates traten zurück (R. Delhi 17. 12. NZZ 16. 11., 16. 12.). In Tamil Nadu kam es zu einer Spaltung der Regierungspartei „Dawida Munnietra Kazhagam“ (DMK), wodurch die Machtbasis der Partei erschüttert wurde. Die KP Indiens trug ihren Teil durch Protestaktionen gegen die Arbeitslosigkeit und die steigenden Preise bei, forderte u. a. die Durchsetzung der Landreform (R. Delhi 5. 10. FE 4112 ADN 13. 12. FAZ 14. 10.). Am 30. 10. wurde vom Obersten Gerichtshof das Zeitungsgesetz aufgehoben, nachdem Zeitungen u. a. nur 10 Seiten haben durften (R. Delhi 30. 10. FE 4133). Die Universität Delhi wurde nach Studentendemon-

strationen vom 16. 11. an für drei Tage geschlossen (R. Delhi 17. 11. FE 4149). Die Kongreppartei stieß auf ihrer 74. Plenartagung in Kalkutta auf Kritik aus den eigenen Reihen, die von den linksstehenden Mitgliedern kamen, die die Einlösung früherer sozialer Versprechungen forderten und die Politik der Blockfreiheit kritisierten (SZ 28. 12. R. Delhi 30. 12.). **Personalia:** Am 25. 12. starb Chakravarti Rajagopalachari im Alter von 94 Jahren; er gehörte zu den letzten Repräsentanten der Gandhi-Ära, war von 1948 bis zur Ausrufung der Republik im Januar 1959 Generalgouverneur gewesen und hatte 1959 die rechtsliberale Swatantra-Partei gegründet (NZZ 29. 12.); am 22. 10. wurde Akbar Ali Khan zum Gouverneur von Uttar Pradesh ernannt, neuer Gouverneur von Orissa wurde Chedi Lal (R. Delhi 22. 10. FE 4127). Zum neuen Führer der „Jamaat-i-Islami-Partei“ wurde am 30. 10. Tufail Mohammed ernannt (Dawn 30. 10.). Neuer Außenminister wurde Kewal Singh am 4. 12., nachdem T. N. Kaul sein Amt niedergelegt hatte (R. Delhi 4. 12. FE 4163). Ab 15. 1. 73 wird Marschall O. T. Mehra Stabschef der Luftwaffe und Vizeadmiral S. N. Koli am 28. 2. Stabschef der Marine (R. Delhi 28. 12. FE 4183).

Wirtschaftspolitik Landwirtschaftsminister Shinde erklärte am 8. 10., daß sich der Beschluß der Kongreppartei bezüglich der Übernahme des Großhandels auf den Nahrungsgetreidesektor beziehe. Nicht davon betroffen seien Zucker, Speiseöl, Kerosin und einfache Stoffe (R. Delhi 8. 10.). Am 23. 10. wurden Devisenbestimmungen erlassen, wonach Inder Devisen innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt durch autorisierte Kanäle in indische Währung konvertieren müssen, außerdem dürfen in Indien lebende Personen keine Zahlungen in ausländischen Währungen entgegennehmen (R. Delhi 24. 10.). Der Rahmen für den 5. Fünfjahresplan wurde am 30. 10. abgesteckt; er sieht u. a. für den öffentlichen Sektor Aufwendungen in Höhe von 356 Mrd. Rupien, eine jährliche Wachstumsrate von 5,5% und eine Begrenzung der Investitionen im privaten Sektor auf 155,7 Mrd. Rupien vor. Zu den Hauptzielen des Plans gehört der Abbau der Ungleichheit und eine Bekämpfung der Armut (R. Delhi 30. 10. W 698). Vom 6.—8. 11. fand in Delhi eine Konferenz des Konsultativkomitees des Colomboplanes statt, auf dem Indien die Geberländer ersuchte, künftige wie frühere Kredite zinsfrei zu geben, da einige der Mitgliedsländer stark verschuldet seien (R. Delhi 6. 11., 8. 11. W 699, FE 4141). Die Regierung scheint nach den bisherigen Erfahrungen Abstriche von ihren Verstaatlichungsplänen zu machen und den großen Konzernen gegenüber eine pragmatischere Haltung einzunehmen, um eine bessere Abstimmung zwischen öffentlichem und privatem Sektor herbeizuführen. Die nach wie vor umstrittene Landreform wird weiter verzögert, wozu auch die schlechte Ernte beigetragen hat; in einzelnen Gliedstaaten kam es zu neuen Unstimmigkeiten über die Reform, so über das zu verteilende Land an die einzelnen Familien, die Bewässerung etc. (NZZ 23., 31. 12.).

Außenpolitik Die Beziehungen zu P a k i s t a n waren von der Kriegsgefangenenfrage und dem Truppenabzug in Kaschmir bestimmt. Von den etwa 90 000 pakistanischen Zivilisten und Angehörigen der Streitkräfte in indischem und etwa 205 000 Ostbengalen in pakistanischem Gewahrsam erklärte sich Indien am 20. 11. bereit, die Familienangehörigen der pakistanischen Gefangenen (etwa 6000) zu repatriieren (NZZ 22. 11.). Ende November bot Bhutto an, alle 617 indischen Kriegsgefangenen freizulassen, was von Indien mit der Freilassung der 540 an der Westfront gefangengenommenen Pakistani beantwortete (NZZ 29. 11.). Nach Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über die Kontrolllinie in Jammu und Kaschmir (NZZ 13. 10., 12. 11.) konnte in direkten Gesprächen zwischen den Oberbefehlshabern der Streitkräfte beider Staaten (den Generälen Manekshaw und Tikka Khan) am 7. 12. eine Einigung erzielt und am 11. 12. unterzeichnet werden. (Text R. Delhi 12. 12. FE 4170). Am 21. 12. wurde der Rückzug der Truppen abgeschlossen, womit ein wesentlicher Teil des Simla-Abkommens erfüllt wurde (R. Pakistan 21. 12.). Das Kaschmir-Problem ist damit aber noch nicht gelöst. Mit der U d S S R werden gemeinsame Ausschüsse gebildet, die Art und Umfang der sowjetischen Unterstützung beraten sollen (R. Delhi 1. 10. W 694). Ein Abkommen über die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie für 1972—1974 wurde am 24. 10. unterzeichnet (R. Delhi 24. 10. W 697), in seinem Rahmen wurden vier indische Expertenteams zur Ausbildung in die UdSSR entsandt (R. Delhi 15. 11. W 700). Am 25. 11. wurde das Handelsprotokoll für 1973 unterzeichnet; es sieht einen Handelsumsatz in Höhe von 4100 Mrd. Rupien vor. (ISI 25. 11.). Mit der D D R wurden am 8. 10. diplomatische Beziehungen aufgenommen — ein Schritt, zu dem Indien seit Jahren von Moskau und Ost-Berlin gedrängt wurde (NZZ 9. 10.). Außenhandelsminister Sölle besuchte Neu Delhi und unterzeichnete dort am 2. 11. ein

Handelsprotokoll, das ein Volumen von 690 Mio. Rupien für 1973 vorsieht (ADN 4. 11.). Die DDR ist zweitgrößter Außenhandelspartner Indiens der Staaten des Sowjetblocks; das Handelsvolumen betrug 1972 630 Mio. Rupien (Steigerung von 30% gegenüber 1971). Mit der C S S R wurden Abkommen über den Warenaustausch 1973 (Steigerung um 30%), über den Import von Druckereimaschinen (1 m 20. 11.) sowie über den Luftverkehr (am 7. 12.) unterzeichnet (R. Delhi 20. 11., 7. 12. W 701, 703). Die CSSR soll bisher insgesamt beim Bau von 60 Unternehmen geholfen, 2000 Inder ausgebildet und 3000 Spezialisten nach Indien entsandt haben (W 702). Ein Handelsprotokoll für 1973 wurde auch mit Rumänien (am 5. 12.) unterzeichnet; das Volumen soll bei einer Steigerung von 16% 760 Mio. Rupien betragen (Agerpres 5. 12.). Am 20. 12. folgte ein Abkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit (R. Delhi 20. 12. FE 4177). Das Verhältnis zu den USA ist weiterhin gespannt, doch zeigen sich Anzeichen einer Besserung, nachdem Staatssekretär Kewal Singh zu einer „Geheimmission“ in die USA gereist war, wo er u. a. mit Kissinger zusammentraf (NZZ 21. 12.). Die Bundesrepublik sagte eine Finanzhilfe in Höhe von 82 Mio. DM für das laufende Finanzjahr zu (R. Delhi 14. 12. W 704), Großbritannien gewährte eine Anleihe in Höhe von 780 Mio. Rupien (R. Delhi 9. 11. W 6), Schweden vereinbarte eine zinsfreie Anleihe in Höhe von 385 Mio. Rupien und unterzeichnete zwei Abkommen über wirtschaftliche und technische Hilfe (R. Delhi 11. 11. W 699). Spanien unterzeichnete am 14. 12. ein erstes Handels- und Wirtschaftsabkommen sowie ein Abkommen über die friedliche Nutzung von Atomenergie (Laufzeit 5 Jahre). Außenminister Lopez Bravo besuchte aus diesem Grunde Indien (R. Delhi 14. 12. FE 4173). Handelsabkommen wurden auch mit Jugoslawien und Bulgarien unterzeichnet, ebenso ein Protokoll über wissenschaftlich technische Zusammenarbeit (Tanjug 29. 10., BTA 17. 10., AIR 1. 1. 73). Mit dem Irak wurde ein Abkommen über den Import von 1,9 Mio. t Rohöl vereinbart (R. Delhi 27. 11. W 702) mit Äthiopien ein Abkommen über den Luftverkehr (R. Delhi 28. 10. W 698), während Tansania ein Kredit in Höhe von etwa 50 Mio. Rupien zur Verfügung gestellt wurde (AIR 6. 12.). Außerdem wurde ein Handelsabkommen mit Kenia (R. Delhi 12. 12. W 704) sowie eines über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Guinea (R. Delhi 24. 11. W 702) vereinbart.

4. Nepal

Innen- und Wirtschaftspolitik. Am 10. 10. ernannte König Birendra Tulsi Giri, den ehemaligen Vorsitzenden des Ministerrates, zu seinem politischen Berater, nachdem Giri tags zuvor gemeinsam mit dem ehemaligen Innen- und Panchayat-Minister S. P. Gyawali aus dem „National Panchayat“ (Parlament) ausgeschieden war (Ansa 10. 10.). Der König besteht weiterhin darauf, das „Panchayat-System“ beizubehalten, dem zufolge der Ministerrat und ein Teil der Nationalversammlung durch ihn ernannt werden, und vertritt die Ansicht, daß eine Parteimitgliedschaft zur „Zersetzung des nationalen Zusammenhaltens“ führt (Dawn 1. 11.). Die politischen Parteien wurden 1960 vom damaligen König Mahendra verboten.

Um eine „ausgewogene Wirtschaftsentwicklung“ zu gewährleisten, wurde das Land Anfang November in vier Entwicklungsregionen unterteilt. Regierungsangaben zufolge wurden im letzten Jahr Fortschritte auf dem landwirtschaftlichen und dem industriellen Sektor erzielt. Die Elektrizitätserzeugung erreichte über 50 000 kW. Große Anstrengungen werden auch auf dem Gebiet des Verkehrswesens unternommen. 1971 betrug die Gesamtlänge der Straßen 2846 MK. Fünfzehn Flughäfen verbinden regelmäßig alle wichtigen Städte (NCNA 14. 11. W 700). Trotzdem herrscht wegen andauernder Trockenheit eine Getreideknappheit (es fehlen 142 000 t). Im Vorjahr exportierte Nepal noch 3 Mio. t nach Indien, für dieses Jahr besteht eine Ausfuhrsperr für Getreide und Reis. In diesem Zusammenhang bat Nepal die USA und die FAO um eine Erhöhung der Nahrungsmittelhilfe (Dawn 1. 11.). Ein Ausfuhrverbot wurde auch für Hanf erlassen. Sein Anbau und damit die Haschischproduktion sollen drastisch eingeschränkt werden (SZ 19. 12.).

Außenpolitik Im November besuchte eine Delegation aus der VR China Nepal, die an der Einweihung eines Wasserkraftwerkes (Kapazität 10 500 kW), das mit chinesischer Hilfe gebaut wurde, teilnahm (NCNA 26. 11. W 702). China sagte außerdem zu, Nepal beim Bau verschiedener Straßen, bei der Erstellung einer Textilfabrik und bei der Vergrößerung einer Ziegeleifabrik zu unterstützen (R. Kathmandu 28. 11. W 702). Am 14. 11. reiste Premierminister Bista zu einem offiziellen Besuch nach China (vgl. VR China). Kanada stellte Nepal einen

Kredit von 1,3 Mio. Dollar zum Kauf von zwei Flugzeugen zur Verfügung (CBC Montreal 2. 11. W 699). Mit der D D R wurde am 20. 12. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart (Tass 22. 12.).

5. Pakistan

Innenpolitik Anhaltende Auseinandersetzungen in den einzelnen Provinzen, Reformbestrebungen in der Partei von Präsident Bhutto und eine neue Verfassung bestimmen die Situation. Nach der neuen Verfassung wird ein Zweikammersystem mit Abgeordnetenkammer (200 Sitze, vom Volk gewählt), Senat (60 Sitze, von den Provinzparlamenten gewählt) geschaffen. Der Staatschef wird von einem Kollegium aus beiden Kammern gewählt, seine Rolle weitgehend eingeschränkt und die Kompetenz des Ministerpräsidenten ausgebaut, der nur mit Zweidrittelmehrheit gestürzt werden kann. Die Verfassung wurde der Nationalversammlung am 31. 12. vorgelegt und soll am 23. 3. 73 in Kraft treten. (R. Karachi 31. 12. FE 4183 NZZ 4. 1. 73). Wegen Differenzen über die Verfassung trat Justizminister N. A. Kasiri am 4. 10. zurück, Nachfolger wurde Erziehungsminister A. H. Pirzada, der damit gleichzeitig den Vorsitz des Verfassungsausschusses übernahm (JAT 11. 10.). Am 21. 10. trat Staatsminister M. Mohammad Khan wegen der Arbeitspolitik zurück, Nachfolger wurde Generalmajor a.D. J. Dar, womit erstmalig ein Vertreter der Stammesgebiete Minister im Zentralkabinett wurde (JAT 22. 10. Dawn 3. 11.). Ende Oktober kam es zu Arbeitsunruhen in Karachi, in deren Verlauf Truppen eingesetzt werden mußten. Im Industriesektor Landhi waren über zwei Wochen etwa 80 000 Arbeiter im Ausstand, die Arbeit wurde am 13. 11. wieder aufgenommen (NZZ 25. 10., 4. 11.). Am 18. 11. nahm die Provinzversammlung von Sind einstimmig das neue Gesetz zur Sprachenregelung an, womit die blutigen Sprachenunruhen vom Juli (vorerst) ihren Abschluß fanden (Dawn 18. 11.). Auf einem Parteitag der „Pakistan Peoples Party“ (PPP) vom 30. 11. bis 1. 12. versprach Präsident Bhutto eine Fortsetzung der Reformen und weitere sozialistische Maßnahmen und drohte den Zuckerfabrikanten mit Verstaatlichung, wenn die Preise nicht gesenkt würden (R. Karachi 1. 12. FE 4160/61). Am 3. 12. wurde ein Dekret gegen „Aufwiegelung“ erlassen, das die Verbreitung von Gerüchten oder Berichten, die aufwiegeln, gegen den Staat oder die öffentliche Ruhe vorzugehen, unter Strafe stellt (AIR 3. 12.). Schon kurz darauf ergab sich Gelegenheit zu seiner Erprobung, als in Rawalpindi Studenten gegen Bhutto demonstrierten und der Gesundheitsminister Mohammed Rashid zurücktrat (SZ 4. 12.). Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Polizisten gab es in Lahore. Wesentlich gefährlicher für den Bestand des Staates sind die Stammesfehden in Beluchistan, an denen sich Angehörige der Stämme der Bugti, Pheris und der Kahoies beteiligten (JAT 6. 12. NZZ 5., 24. 12.). Am 25. 12. wurde eine neue Organisation der Streitkräfte angekündigt, die die Verteidigungsbereitschaft der Streitkräfte wie des Volkes sowie den Zivilschutz verstärken soll. Männer im Alter von 18 bis 30 Jahren und Frauen im Alter von 18 bis 35 Jahren sollen dazu herangezogen werden (R. Karachi 25. 12. FE 4179). Die Bevölkerung Pakistans beträgt nach der jüngsten Volkszählung 58,1 Mio. Einwohner, wobei die Provinz Punjab mit 3,4 an erster Stelle steht, gefolgt von Sind mit 11,5, der Nordwestregion mit 10,1 und Beluchistan mit 2,5 Mio. (Tass 28. 10.).

Wirtschaftspolitik Am 2. 11. wurden Schätzungen über den laufenden Entwicklungsplan publiziert, wonach im öffentlichen Sektor Investitionen von 4,1 Mrd. Rupien und im privaten Sektor in Höhe von 3,2 Mrd. vorgenommen wurden. Im öffentlichen Sektor sind 1,143 Mrd. für Wasser und Energieentwicklung, 730 Mio. für Transport und Verkehr, 385 für die Landwirtschaft, 271 für das Bildungswesen vorgesehen (R. Karachi 2. 11. W 698). Um den stetig steigenden Zuckerpreis unter Kontrolle zu bekommen, wurde die totale Rationierung und die Einführung eines neuen Verteilungssystems vom 16. 12. an beschlossen. Alle Vorratslager gehen damit in die Verantwortung der Regierung über, Handel oder Verkauf durch Privatleute sind unter Strafe gestellt (R. Karachi 7. 12. W 703). Preissteigerungen gab es auch bei der Baumwolle; sie betragen wegen des Schmuggels nach Indien und der niedrigen Erntevorhersage bis zu 32% (SCMP 21. 12.). In der Provinz Beluchistan wurden im Gebiet von Amori riesige Mengen von Kupfer, im Gebiet von Pachkin 55prozentige Eisenerzvorkommen und bei Spintangi Kalkstein gefunden (Dawn 2. 1. 73).

Außenpolitik Pakistan orientiert sich neu: von einem offiziellen Sprecher wurden die Anerkennung Nordvietnams (am 7. 11.), Nordkoreas (am 9. 11.), der DDR (am 15. 11.) und der offizielle Austritt aus der SEATO (am 8. 11.) bekanntgegeben. Pakistan zog sich auch aus der

UN-Kommission für Korea zurück (R. Karachi 23. 11. FE 4154). Von der IDA wurde am 4. 10. ein Kredit in Höhe von 50 Mio. \$ für den Import von Industrie-Rohstoffen (Dawn 4. 10.), von der UNDP am 5. 11. eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 18,5 Mio. \$ zur Finanzierung von 10 neuen und 6 laufenden Projekten (Dawn 5. 11.) und am 19. 12. eine Anleihe von 26,5 Mio. \$ von der Asiatischen Entwicklungsbank zum Ausbau der Energieerzeugung gewährt (R. Karachi 19. 12.). Im Verhältnis zu **B a n g l a D e s h** ergab sich keine Veränderung. Nach wie vor verlangt dieses die Anerkennung durch Pakistan vor der Aufnahme direkter Verhandlungen, was Bhutto mit Verweis auf die heftigen Demonstrationen im eigenen Land ablehnt. Das Angebot Rahmans, die in Bangla Desh lebenden Bihari gegen die Bengalen in Pakistan auszutauschen, möchte Bhutto nur in Zusammenhang mit der Freilassung der pakistanischen Kriegsgefangenen in Indien annehmen, was nach Rahman nur von Indien, Pakistan und Bangla Desh gemeinsam gelöst werden kann (FAZ 6. 11.). Als Druckmittel benutzt Bhutto die Blockade der Aufnahme Bangla Deshs in die UNO, was ihm durch die Unterstützung der VR China bisher möglich war (R. Karachi 24. 11. FE 4155). Die Beziehungen zur **U d S S R** wurden intensiviert. Am 7. 10. wurde der Wert des Tauschhandelsvertrages für 1972 neu festgesetzt (Dawn 7. 10.) und die Rückkehr der sowjetischen Ölexperten, die das Land im Dezember 1971 verlassen hatten, angekündigt. Der Austritt Pakistans aus der SEATO wurde von Moskau als Schritt für die „Sicherheit in Asien“ bezeichnet (RFF 13. 11.); am 9. 12. traf Geologieminister A. V. Sidorenko zur Unterzeichnung eines neuen Ölabkommens in Pakistan ein (JAT 11. 12.). Mit **R u m ä n i e n** wurde am 16. 11. ein Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit für 1972/73 unterzeichnet (R. Karachi 16. 11. FE 4121), mit **J u g o s l a w i e n** eins zur Schuldenregelung (AFP 16. 10.). Mit **K u w a i t** wurde am 26. 11. ein Handels- und Transitabkommen (AFP 26. 11.), mit **L i b y e n** ein Kulturabkommen (Dawn 14. 12.) und mit **Q u a t a r** die Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 16. 12. vereinbart (R. Karachi 16. 12. FE 4175). Anleihe bzw. Kreditabkommen wurden von **B e l g i e n** (am 22. 11.) in Höhe von 100 Mio. Franc (Dawn 25. 11.), den **N i e d e r l a n d e n** (am 24. 11.) in Höhe von 13,6 Mio. \$ (R. Karachi 24. 11. W 703), von **I t a l i e n** (am 7. 12.) in Höhe von 18 Mio. \$ (R. Karachi 7. 12. W 703) und von **F r a n k r e i c h** (am 27. 12.) in Höhe von 20 Mio. \$ (Dawn 22. 12.) gewährt (vgl. auch Indien).

6. Sri Lanka (Ceylon)

Innen- und Wirtschaftspolitik Am 5. Oktober legte der Führer der Einheitsfront der Tamilen, S. J. V. Chelvanayakam, sein Mandat als Abgeordneter nieder, um der Forderung der Tamilen auf stärkere Berücksichtigung in der Verfassung Nachdruck zu verleihen. Chelvanayakam ist Führer der Oppositionspartei „Tamil Federal Party“ (JAT 5. 10.). Am 2. 10. veranstalteten die Tamilen einen „Tag des Protestes“, und am 18. 10. begingen sie einen eintägigen Hungerstreik gegen die Regierungspolitik, der sich auch gegen das geplante Pressegesetz richtete (JAT 20. 10.). Das neue Pressegesetz verbietet die unzensurierte Kommentierung der Regierungspolitik, wurde von der Zivilrechtsbewegung (CRM) angefochten und kam vor den Verfassungsgerichtshof. Seine drei Mitglieder fällten jedoch innerhalb der vorgesehenen Frist von vierzehn Tagen keine Entscheidung und legten ihre Ämter nieder (JAT 9. 11.).

Finanzminister Dr. M. M. Perera gab am 10. 11. Einzelheiten über das erste Budget der Republik Sri Lanka bekannt. Künftig werden alle zur Einkommensteuer veranlagten keine Reiserationen mehr erhalten, während alle anderen eine Prämie von 40 Rupien im Jahr erhalten, wenn sie ihre Lebensmittelkarten zurückgeben. Außerdem sollen ab Januar nächsten Jahres alle Beamten eine oder zwei Wochen in der Landwirtschaft arbeiten (nach chinesischem Muster). Eine Kontrolle der Finanzgesellschaften ist ebenfalls für die Zukunft vorgesehen, die Verstaatlichung der größten Zeitungsgruppe Sri Lankas „Associated Newspapers of Ceylon Ltd.“ wurde beschlossen (R. Colombo 11. 11. 72 W 699; JAT 12. 11.). Am 28. 11. wurde das Budget verabschiedet, wozu Ministerpräsidentin Frau Bandaranaike erklärte, daß eines der Hauptziele der Regierung bleibe, die Konzentration der Reichtümer des Landes in den Händen einer Minderheit abzuschaffen (Tass 28. 11.).

Außenpolitik Die Zusammenarbeit mit China und der Sowjetunion wurde weiter verstärkt. Am 23. 11. wurde ein Abkommen mit der VR China unterzeichnet, wonach China noch 10 000 t Gummi zusätzlich zu den bereits vereinbarten 39 000 t im Tausch für 200 000 t Reis abnimmt (R. Colombo 23. 10. W 697). Am 21. 11. wurde ein weiteres Abkommen über eine Anleihe für den Bau eines Frachtschiffes vereinbart (NCNA 22. 11. W 701) und am 23. 11. er-

öffnete Frau Bandaranaike den Frachtverkehr zwischen beiden Staaten, wobei sie auf die große Bedeutung des Frachtverkehrs hinwies, da Ceylon sehr vom Außenhandel abhängig ist. Mit der UdSSR wurde am 4. 10. ein Abkommen über technische Hilfe bei der Erschließung von Öl- und Gasvorkommen unterzeichnet (Tass 4. 10. W 694); Anfang November besuchte der stellv. Außenhandelsminister Grishin mit einer Delegation, zur Eröffnung einer sowjetischen Handels- und Industrieausstellung, Colombo (Tass 4. 11. FE 4138). Am 15. 12. folgte ein Abkommen zwischen den Nachrichtenagenturen beider Staaten, nachdem auch ein Austausch von Zeitungen, Zeitschriften und anderen Publikationen erfolgen soll (Tass 15. 12.). Kanada gewährte Sri Lanka eine Anleihe in Höhe von 1 Mio. Dollar für den Ausbau des Zeitungs- und Informationswesens, die innerhalb von 50 Jahren zurückgezahlt werden soll und die Teil eines Hilfsprogramms in Höhe von 6 Mio. Dollar ist (CBC Montreal 1. 9. W 693). Mit Uganda wurden am 8. 10. diplomatische Beziehungen aufgenommen und ein Botschafteraustausch vereinbart (R. Kampala 8. 10.).

B. Südostasien

1. Indonesien

Innenpolitik Anlässlich der Einsetzung der Konsultativ-Versammlung des Volkes (MPR) am 1. 10. betonte Präsident Suharto die Notwendigkeit von wirtschaftlichen und politischen Reformen und betonte die Aufgabe der Versammlung, den Präsidenten und die Einhaltung der politischen Richtlinien zu kontrollieren (R. Djakarta 1. 10. FE 4111). Die vorbereitende Sitzung bildete ein ständiges Komitee sowie fünf Ausschüsse; neuer Vorsitzender ist Idham Chalid (R. Djakarta 3. 10. FE 4112). Auch weiterhin spielt die angebliche „kommunistische Subversion“ eine große Rolle. Zweifellos gibt es in Kalimantan eine relativ große kommunistische Organisation, doch kann kaum von einer Bedrohung die Rede sein – wie die präventive Regierungspolitik glauben machen möchte (NZZ 15. 10.). In diesem Sinne sind die zahlreichen Warnungen vor „subversiven Elementen“ wie z. B. in der Armee zu verstehen (Antara 18., 24. 10. FE 4123, 28). Zur Stabilisierung der Situation in Westkalimantan werden die dort wohnenden Chinesen einem Erlaß vom 14. 12. zufolge bis zum 1. 1. 73 umgesiedelt (TST 15. 12.).

Wirtschaftspolitik Die Stabilisierung hält an, ihre Prioritäten sind monetäre Stabilität und Wiederherstellung der Infrastruktur als Voraussetzung für privatwirtschaftliche Investitionen. Die Inflationsrate sank von 650% 1966 auf 2,5% 1971 – ein sichtbares Zeichen für den erfolgreichen Kurs (NZZ 19. 11.). Anfang Dezember kam es zu einer Reisknappheit durch eine lange Trockenheit. Nach Mißständen wie Schwarzhandel und Preissteigerungen gelang es der Regierung durch Reglementierung des Handels zusätzliche Importe u. a. aus Japan und der Hilfe anderer Staaten die Situation in Kontrolle zu bringen (R. Djakarta 6., 7., 8. 12. FE 4167, 69 W 703).

Außenpolitik Präsident Suharto begann am 12. 11. eine vierzehntägige Europareise, die ihn nach Frankreich, Österreich, in die Schweiz, Belgien, Italien und den Vatikan führte. Ihr Zweck war die Intensivierung der bilateralen Beziehungen; gleichzeitig sollte „die Aufmerksamkeit Westeuropas auf die Situation des Gleichgewichts der Kräfte in Asien“ gelenkt werden (Antara 14. 11. NZZ 19., 22., 29. 11.). Die Ergebnisse bestanden u. a. in Anleihen von der Schweiz (Höhe 50 Mio. Dollar) und Italien (4 Mio. Dollar) sowie eine Erhöhung der Wirtschaftshilfe durch Frankreich und Belgien (JAT 12. 12.). Mit Belgien wurde ein Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet (Antara 30. 10. W 698), mit Großbritannien eines über die Rückzahlung der Schulden (Höhe 12,4 Mio. Pfund) innerhalb von dreißig Jahren (R. Djakarta 4. 11.). Den Niederlanden sollen 600 Mio. Gulden Entschädigung für ehemalige Besitzungen bezahlt werden (TST 18. 10.). Die 13. Konferenz der Schuldner-Staaten Indonesiens beriet am 21. 12. in Amsterdam über die Wirtschaftshilfe für 1973/74, sie betrug für 1971/72 723 Mio. Dollar (NZZ 23. 12.). Die Zusammenarbeit mit Malaysia soll sich künftig auf wirtschaftlichem Gebiet in Form eines gemeinsamen Marktes intensivieren (R. Djakarta 19. 10. FE 4124); künftig sollen gemeinsame Seepatrouillen in der Straße von Malakka und dem Südchinesischen Meer durchgeführt (TST 17. 11.) und die militärische Kooperation an der gemeinsamen Grenze verstärkt werden (R. Djakarta 15. 12. FE 4174). Die Entwicklung in Indochina wird mit Besorgnis beobachtet. Neben Vorbehalten gegen die Wiederaufbaupläne Japans (Antara 4. 12.) sieht man die Notwendigkeit, die Sicherheits-

konzeption zu überdenken, eventuell die ASEAN zu vergrößern (NZZ 9. 11.). Singapurs Verteidigungsminister Goh Keng Swee besuchte Indonesien vom 19.–23. 10. zu offiziellen Gesprächen, in deren Mittelpunkt die Neutralisierung Südostasiens stand. (TST 20. 10. NZZ 5. 11.). Der Besuch wird als Beginn einer politischen Annäherung und Überwindung der Konfrontationspolitik von Sukarno gewertet. Mit Japan wurde am 14. 11. ein Abkommen über landwirtschaftliche Entwicklungshilfe unterzeichnet, in deren Rahmen für gemeinsame Projekte von Japan 1 Mrd. Yen, von Indonesien 600 Mio. Rupien aufgewendet werden sollen (Antara 15. 11. W 700). Mit Australien wurde am 9. 10. ein Abkommen über die Grenze auf dem Meeresboden unterzeichnet (R. Djakarta 9. 10. FE 4115); die Hilfe für Indonesien soll in den nächsten drei Jahren insgesamt 103 Mio. US-Dollar betragen – 83 Mio. für technische und 20 Mio. für Militärhilfe (Antara 19. 10.). Neuseeland gewährte am 27. 11. einen Kredit in Höhe von 500 000 NZ Dollar (3% Zins, rückzahlbar in 25 Jahren) (Antara 27. 11. W 702). Ein Kredit in Höhe von 6 Mio. Dollar wurde von Kanada gewährt (Antara 30. 10. W 698). Der Sowjetblock bemüht sich nach Außenminister Malik um eine Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Kontakte, wozu dieser erklärte, daß Indonesien ausschließlich an wirtschaftlichen interessiert sei (Antara 25. 10., 13. 12. FE 4171). Die Kredite einer sowjetischen Bank an chinesische Geschäftsleute in Djakarta, die angeblich dazu verwendet wurden, um Zuckervorräte aufzukaufen (TST 29., 30. 11.), hatten aber eher eine gegenteilige Wirkung. Am 16. 12. anerkannte die UdSSR den Anspruch auf die Zwölf-Meilen-Grenze der Hoheitsgewässer (R. Djakarta 16. 12. FE 4174), was von Bedeutung für die Malakka-Straße ist, und versicherte Indonesien am 19. 12., nicht in innere subversive Aktivitäten gegen die Regierung einzugreifen oder diese zu unterstützen (Antara 21. 12. FE 4178). Am 21. 12. wurde die DDR diplomatisch anerkannt (R. Djakarta 21. 12. FE 4178).

2. Malaysia

Inneres und Wirtschaft Die Bekämpfung der Kommunisten im Gliedstaat Sarawak geht weiter. Von Januar bis September fielen 44 Terroristen, 27 wurden gefangen, 39 ergaben sich. Der malaiischen Untergrundbewegung, die sich aus Chinesen zusammensetzen soll, wird Unterstützung durch China und Nordvietnam nachgesagt, ohne daß Beweise dafür vorgelegt wurden (NZZ 8. 10.). Nach offiziellen Angaben soll die Situation unter Kontrolle sein; in einer Polizeiaktion am 11. 12. wurden 62 Personen, meist Studenten und Jugendliche, wegen „subversiver Tätigkeiten“ verhaftet (R. Kuala Lumpur 5., 14. 12. FE 4164). Am 28. 12. wurde der Führer der Panmalayischen „Islamic Party“, Dato Mohamed Asri bin Haji Muda, Minister für Landwirtschaft, während der Innenminister und stellv. Premier Tun Ismail zusätzlich das Handels- und Industrieministerium übernahm. Neuer Wohlfahrtsminister wurde Senator Aishah Ghani (R. Kuala Lumpur 28. 12. FE 4180).

Die ADB bewilligte Malaysia eine Anleihe in Höhe von 17 Mio. Dollar für ein Wasserkraftwerk in Perak sowie eine in Höhe von 10,9 Mio. für die Entwicklung des Flughafens Penang (TST 21. 10.). Der Staatshaushalt für 1973 hat ein geschätztes Volumen von 4,6421 Mrd. \$ 460,8 Mio. mehr als im Vorjahr. 1,4875 Mrd. sind für Entwicklungsausgaben, 843,5 Mio. für das Erziehungswesen, 680,1 für die Verteidigung und 337,3 Mio. für das Arbeits- und Energieministerium vorgesehen. Die Steuern für Zigaretten, Alkoholika sowie einige andere Waren wurden von 5 auf 10% angehoben. 1972 brachte eine Steigerung von 5,8% des Nationaleinkommens, für 1973 werden 8–9% erwartet (R. Kuala Lumpur 6. 12. W 703).

Außenpolitik Ministerpräsident Abdul Razak besuchte vom 1.–4. 10. die UdSSR und unterzeichnete dort Abkommen über wirtschaftliche und technische sowie kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit (Tass 4. 10.). Mit Bulgarien wurde am 20. 10. ein Abkommen über den Handel unterzeichnet, der im laufenden Jahr 22,5 Mio. malaysische \$ betrug (W 701). Zur Neutralitäts- und Chinapolitik erklärte Premier Razak am 4. 12. vor dem Parlament, daß die Aufnahme von Beziehungen zur VR China nicht ohne Zustimmung der ASEAN-Staaten in Frage komme und daß Sonderbotschafter Mohar in Peking Wirtschaftsfragen behandle. Nach der Verwirklichung des Neutralisierungsplanes sei nicht an eine Fortführung der SEATO gedacht (TST 5. 12.). Mit Südkorea wurde am 13. 10. ein Luftfahrtabkommen, mit Frankreich am 10. 11. eines über kulturelle und technische Beziehungen unterzeichnet (TST 14. 10. JAT 4. 11.).

3. Philippinen

Inneres und Wirtschaft Das seit dem 22. 9. erlassene Kriegsrecht wurde am 20. 12. (bis zum 15. 1.) befristet aufgehoben, um eine öffentliche Diskussion über die neue Verfassung zu ermöglichen (NZZ 22. 12.). Trotz scharfer Vorkehrungsmaßnahmen kam es zu bewaffneten Unruhen u. a. auf der Insel Mindanao, bei denen über 50 Menschen getötet, mehrere hundert verhaftet wurden (TST 24. 10.). Am 16. 10. wurde der Unterricht in den Schulen und Hochschulen wieder aufgenommen, der seit Kriegsrechtserlaß unterbrochen war (TST 17. 10.). Die im Oktober eingeführte Pressezensur für ausländische Korrespondenten wurde am 2. 11. aufgehoben, gleichzeitig die Kontrolle über die Inlandspresse verschärft (NZZ 5. 11.). Ein neuer Verfassungsentwurf wurde am 29. 11. mit 271 zu 14 Stimmen von der verfassunggebenden Versammlung angenommen; er sieht u. a. eine Präsidentschaft von Marcos auf Lebenszeit und einen neuen Namen für das Land vor: Maharlika (NZZ 1. 12.). Das Kriegsrecht, das sich nach Marcos nicht nur gegen Kommunisten, sondern auch gegen die Rechte richtet, führte zur Verhaftung führender Mitglieder der oppositionellen „Liberalen Partei“ wie auch der Regierungspartei sowie der Entlassung von 4865 Beamten und Angestellten, darunter auch Polizisten (FAZ 11. 12., NZZ 24. 10.).

Zur Sicherstellung der Versorgung wurden die zwei einzigen Stahlwerke des Landes von der Armee übernommen (JAT 17. 10.). Am 22. 10. wurde auf dem Verordnungsweg die angekündigte Bodenreform verwirklicht, wonach ab sofort jede Pächterfamilie Anspruch auf fünf Hektar Land hat, jeder bisherige Landeigentümer kann sieben Hektar behalten, wenn er sie selbst bewirtschaftet (NZZ 24. 10.). Durch Überschwemmungen, die zu den schlimmsten in der Geschichte des Landes gehören, wurde ein Teil der Infrastruktur zerstört und Hunderttausende obdachlos; etwa 24% der Reisländer in Luzon wurden vernichtet, der Gesamtschaden wird auf 600 Mio. US-Dollar geschätzt. Im Süden blieb der Regen aus, wodurch die erste Reisernte praktisch verloren ging (NZZ 5. 11.). Die Außenhandelswirtschaft verlief unbefriedigend. Exporten in Höhe von 513,5 Mio. Dollar (9% weniger als 1971) standen Importen von 623,7 Mio. (12% mehr) gegenüber. Die wichtigsten Handelspartner sind bei den Importen die USA und die BRD, bei den Exporten die USA, Japan, die Niederlande und die BRD. Hauptausfuhrgegenstände sind Holz, Zucker, Kupferkonzentrate und Kopa, Haupteinfuhren Maschinen, Mineralöle, Transportausrüstungen und Chemikalien (NZZ 3. 12.).

Außenpolitik Japan gewährte am 17. 10. eine Anleihe für die Wirtschaftsentwicklung in Höhe von 12,32 Mio. Yen (3,5% Zins, rückzahlbar in 13 Jahren) (Kyodo 17. 10., W 696). Eine weitere Anleihe in Höhe von 50 Mio. US-Dollar wurde von einem Konsortium ausländischer Banken bewilligt (SCMP 30. 11.). Der neuen Verfassung zufolge darf nach dem 3. 7. 1974 kein Eigentum auf den Philippinen in den Händen von US-Bürgern sein (JAT 10. 11.).

4. Singapur

Nachzutragen sind die Parlamentswahlen vom 2. 9., aus denen die „Peoples Action Party“ mit 69,1% als Sieger hervorging und alle 65 Parlamentssitze errang. Das neue dreizehnköpfige Kabinett unterscheidet sich nur wenig vom vorherigen und hat auch ein Umweltschutzministerium (NZZ 20. 9.). Singapurs Außenhandel erreichte 1971 14,0263 Mrd. \$, davon 8,655 Mrd. für Importe, 5,3713 für Exporte bei einer Steigerung von 14,1% gegenüber dem Vorjahr. Wichtigster Handelspartner blieb Malaysia (TST 1. 12.). Die ausländischen Privatinvestitionen nehmen weiter zu und betragen 583 Mio. \$, was gegenüber 1970 eine Zunahme von 283 Mio. bedeutet. Sie kommen zu 46% aus den USA, zu 17% aus Großbritannien, gefolgt von der BRD mit 6% und Japan mit 5% (NZZ 16. 12.).

Außenminister Rajaratnam warnte vor einem Austritt aus der SEATO, da diese für die Stabilität in Südostasien erforderlich sei (TST 30. 11.). Premier Lee erklärte zur SEATO nach der Übernahme der Regierung durch Labourparteien in Australien und Neuseeland, daß bei weiterer Präsenz der US-Streitkräfte in Südostasien die SEATO überflüssig sei (TST 8. 12.). Lee besuchte im November Großbritannien, die Bundesrepublik, Italien und Belgien (NZZ 28. 11.). Verteidigungsminister Goh Keng Swee besuchte neben Indonesien (s. dort) auch Indien, wo er u. a. mit Frau Gandhi zusammentraf (R. Delhi 23. 11. FE 4154). Mit Pakistan wurde am 12. 10. ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet (TST 13. 10.).

C. Indochina

1. Birma

Die innenpolitische Situation ist von Auseinandersetzungen mit den Kommunisten sowie den Anhängern des früheren Präsidenten U Nu gekennzeichnet. Angaben der Kommunisten zufolge konnten diese ihre revolutionäre Basis auf 13 000 qkm in der Nordostregion ausdehnen, womit sie in fünf Distrikten, fast 30 Städten und über 400 000 Einwohner regieren (Voice of the People of Burma 10. 12. FE 4171). In mehreren Aktionen gegen die Anhänger von U Nu sollen im Oktober–November mehr als 900 gefangengenommen worden sein, U Nu selbst floh nach Thailand (Dawn 15. 11.). Am 11. 12. wurde ein Konferenz des Zentralen Arbeiterrates eröffnet, die die Pläne für die weitere Wirtschaftsentwicklung ausarbeitet (ADN 14. 12.).

Das Budget für 1972/73 sieht Einnahmen in Höhe von 9,1 Mrd. Kyat und Ausgaben von 8,71 Mrd. vor (R. Rangun 29. 9. W 693). Das geschätzte Defizit beträgt 447,3 Mrd. Kyat. Langfristige Anleihen werden von Japan (11,2 Mio. Pfund) China (7 Mio.), der BRD (2 Mio.), der Sowjetunion (600 000) und den USA (300 000) zur Verfügung gestellt (JAT 1. 10.). Das wirtschaftliche Ziel sieht eine 6,2⁰/₁₀ige Steigerung des Prokopf-Einkommens vor, das zur Hälfte vom Privatsektor kommen soll. Für die Agrarproduktion werden 2,6⁰/₁₀, für die Forstwirtschaft 4,4, für Bergbau und Erdöl 11,8, für die Industrie 11,3⁰/₁₀ Steigerung angestrebt (JAT 26. 10.). Die allgemeine Wirtschaftslage ist weiterhin negativ. Das einzige nennenswerte Exportgut ist der Reis, eine Steigerung des Reisexportes scheitert an der Ernährungslage, am Schmuggel nach Bangla Desh und daran, daß viele Farmer für den von den Genossenschaften angebotenen Preis keinen Reis anbauen (SCMP 18. 11.). Am 16. 11. wurde ein Gesetz über die Genossenschaften angenommen, das den sozialistischen Wirtschaftsaufbau weiter vorantreiben soll (R. Rangun 28. 11.). Offensichtlich ist es aber gerade die Verstaatlichung, die die Talfahrt der Wirtschaft beschleunigt.

Die Bevölkerung Birmas betrug 1972 offiziellen Angaben zufolge 28,870 Mio. Einwohner (1961 22,78 [R. Rangun 3. 10. W 694]).

2. Kambodscha

Der erste Senat unter der republikanischen Verfassung wurde von Präsident Lon Nol am 4. 10. vereidigt. Die 40 Senatoren wurden am 17. 9. gewählt und gehören der regierenden „Sozial-Republikanischen Partei“ an. Lon Nol wies auf die Bedrohung des Landes durch den Vietnamkrieg hin und betonte, daß die Kambodschafrage Resultat der Aggression Nordvietnams sei — die Khmer seien nur die Opfer (R. Phnom Penh 4. 10. FE 4112). Am Tag darauf wurde die Tageszeitung der oppositionellen „Republikanischen Partei“, „Der Republikaner“, wegen der Publikation von die Sicherheit des Staates gefährdender Artikel verboten. Am 15. 10. wurde (gemäß den Wahlen vom 3. 9.) eine neue Regierung unter Premier Hang Thun Hak (47) gebildet. Die wichtigsten Kabinettsmitglieder sind:

| | |
|----------------|---|
| Chan Sokhom | — Justiz |
| Thappana Nginn | — Verteidigung |
| Sar Hor | — Inneres |
| Long Boret | — Äußeres |
| Ith Thuy | — Wirtschaft und Finanzen |
| Lon Non | — Befreiung und Wiederaufbau (R. Phnom Penh 14. 10. FE 4120). |

Premier Hang Thun Hak übernahm am 25. 10. zusätzlich das Amt des amtierenden Verteidigungsministers (R. Phnom Penh 27. 10. FE 4133) und am 4. 11. wurde ein „Komitee für Frieden und nationale Solidarität“ gegründet, dem Präsident Lon Nol vorsteht (R. Phnom Penh 4. 11. FE 4138). Am gleichen Tag erklärte Lon Nol in einer Ansprache an die Nation, daß der Waffenstillstand in Kambodscha „nahe“ sei, wobei er sich auf das von Nordvietnam publizierte Abkommen mit den USA berief und nachdrücklich den Abzug aller ausländischen Truppen, wie der Nordvietnams und des Vietkong verlangte, ebenso wie er Kriegsreparationen von beiden Staaten Vietnams forderte (R. Phnom Penh 5. 11. FE 4138, NZZ 31. 10.). Gleichzeitig kündigten die hinter Prinz Sihanouk stehenden oppositionellen Kräfte die Eröberung von Phnom Penh „in naher Zukunft“ an, nachdem Sihanouk selbst direkte Kontakte zwischen der Regierung und den „Roten Khmer“ dementiert hatte (AKI 29. 10., 6. 11. FE 4133, 39).

Die wirtschaftliche Lage ist von der schlechten Reisernte gekennzeichnet, die eine Ernährungskrise mit sich bringen kann, da sie um 50% niedriger liegt als 1971. Hauptgrund dafür ist die Landflucht großer Teile der Bevölkerung vor den Kommunisten. Im August 1972 gab es 694 000 Flüchtlinge (10% der Gesamtbevölkerung) in dem von der Regierung kontrollierten Gebiet; etwa 470 000 leben in Phnom Penh und seiner Umgebung, wo sie eine große Belastung für die Wirtschaft des Landes darstellen.

Im Hinblick auf eine Beendigung des Vietnamkrieges fordert Kambodscha die Ausdehnung des Waffenstillstandes für Vietnam auf ganz Indochina, was auch gegenüber dem Präsidentenberater Kissinger bei seinem Besuch am 12. 11. zum Ausdruck gebracht wurde (NZZ 13. 11.). Mit Südvietnam wurde am 2. 12. ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet, das ein gemeinsames Vorgehen gegen Schmuggel sowie den steuerfreien Transit durch beide Staaten vorsieht (R. Phnom Penh 5. 12. W 703). Burundi anerkannte am 6. 12. die Exil-Regierung von Prinz Sihanouk (HNA 7. 12.), während die Regierung Phnom Penh am 14. 12. mit der Dominikanischen Republik diplomatische Beziehungen aufnahm (FE 417).

3. Laos

Die Vertreter der Regierung und des Pathet Lao nahmen am 17. 10. die Verhandlungen zur Beendigung des Bürgerkrieges auf und vereinbarten wöchentliche Gesprächsrunden. Der Leiter der Regierungsdelegation, Innenminister Pheng Phongsavan, forderte zu Beginn den Pathet Lao auf, wieder in die Regierung einzutreten, die gemeinsam gebildet werden sollte. Der Vertreter des Pathet Lao, General Phoun Sipaseuth, nannte als Forderungen seiner Partei u. a., daß die USA ihr militärisches Engagement in Laos einstellen müßten und die Regierung ihre amerikatreue Politik aufgeben müsse. Ein Angebot der Regierung auf ein Gipfgespräch zwischen den beiden Prinzen wurde am 21. 11. abgelehnt. Die Verhandlungen selbst standen stark unter dem Eindruck der Entwicklung in Vietnam und verliefen durchaus unterschiedlich — nach Meldungen von einem drohenden Abbruch wurde von dem Pathet Lao ein Waffenstillstandsabkommen vorgelegt, auf das die Regierung positiv reagierte, ohne daß es bis zum Ende des Berichtszeitraumes zu einer Einigung kam (zu den 11 Gesprächsrunden vgl. FE 4123, 4134, 4139, 4140, 4147, 4153, 4158, 4171, 4172, 4180).

Die Wirtschaftslage steht ebenfalls unter Einfluß Vietnams. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung mußte Haus und Hof verlassen; ohne massive US-Hilfe wäre Laos nicht existenzfähig. Innerhalb eines Jahres haben sich die Preise um durchschnittlich 45% erhöht, Laos gehört zu den ärmsten Ländern Asiens mit einem pro Kopf-Einkommen von 65 Dollar. Nach der Besetzung der Zinnminen im Süden durch den Pathet Lao werden die ohnehin geringen Exporte weiter zurückgehen. Die Hilfe der USA betrug 1971 284,2 Mio. Dollar, wovon 52 Mio. auf Wirtschaftshilfe, 162 Mio. auf Militärhilfe und der Rest angeblich für die Aktivitäten des CIA in Laos ausgegeben wurden. Die US-Hilfe betrug damit 150 Dollar für jeden Einwohner (NZZ 25. 11.).

Ministerpräsident Prinz Souvanna Phouma reiste am 20. 10. nach Frankreich und in die USA, wo er die Laosfrage erörterte (R. Bangkok 20. 10.).

4. Thailand

Innenpolitik Der Vietnamkrieg überschattet weiterhin alle Bereiche der Politik, was sowohl von einzelnen Stämmen mit separatistischen Tendenzen wie der KP Thailands ausgenutzt, die am 1. 12. den dreißigsten Jahrestag ihrer Gründung beging (R. Bangkok 26. 10., FE 4133, Voice of the People of Thailand 1. 12., FE 4168). Am 24. 11. wurde eine Amnestie für alle Deserteure der Armee erlassen, wenn sie bis 15. 2. 1973 zu ihren Einheiten zurückkehren (R. Bangkok 24. 11., FE 4158). Am 25. 11. trat ein neues Ausländergesetz in Kraft, das sich primär auf Firmen bezieht; künftig sind 12 Berufszweige ausschließlich Thais vorbehalten, eine Übergangsfrist für zwei Jahre für bestimmte Betriebe ist vorgesehen, in zwei weiteren Kategorien können die Tätigkeiten fortgesetzt werden, doch sind Produktionssteigerungen von mehr als 30% oder neue Zweigstellen verboten (JAT 27. 11., R. Bangkok 1. 12., FE 4162). Am 19. 12. erfolgte die Bildung einer neuen Regierung durch Premier Thanom Kittikachorn, nachdem zuvor eine provisorische Verfassung das seit dem 17. 11. 1971 herrschende Militärregime beendete. Der Premier kann danach alle erforderlichen Maßnahmen zur nationalen

Sicherheit und Wirtschaftsordnung verfügen. Eine verfassungsgebende Versammlung soll bis Ende 1975 die endgültige Fassung ausarbeiten. Die wichtigsten Posten im neuen Kabinett:

Thanom Kittikachorn — Premier, Verteidigung und Äußeres
 Praphat Charusathien — Stellv. Premier und Inneres
 Serm Vinitchaikun — Finanzen
 Thawi Chullasap — Landwirtschaft und Genossenschaften
 Kamon Wannapraxa — Justiz (R. Bangkok 19. 12., FE 4175).

Am 22. 12. verkündete Kittikachorn die Richtlinien der neuen Politik in 14 Punkten, denen die Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit, die Konsolidierung und Entwicklung der Wirtschaft und die Achtung der demokratischen Rechte des Volkes zugrunde liegen (R. Bangkok 22. 12., FE 4179).

Wirtschaftspolitik Das Budget für das Finanzjahr 1973 hat ein Volumen von etwa 31,6 Mrd. Baht, wovon auf die wirtschaftlichen Ausgaben 21,1% (6,695 Mrd.), die Verteidigung 19,5% (6,1584 Mrd.), das Erziehungswesen 19,1% (6,042 Mrd.) entfallen (R. Bangkok 29. 9. W 693). Kittikachorn erklärte dazu, daß die Schwierigkeiten der letzten Jahre damit überwunden seien, was auf die Wirtschaftspolitik der Regierung zurückzuführen sei — eine Aussage, die von der „Bangkok-Bank“ skeptisch bewertet wird (JAT 11. 10.) (Zum neuen Ausländergesetz vgl. Innenpolitik). Der geplante Kanal durch den Isthmus von Kra soll vom Ban Don-Golf an der Ostküste der Provinz Surat Thani (480 km südl. Bangkok) 176 km quer durch das Land zum Phan Nga-Golf (etwa 560 km südl. Bangkok) verlaufen, die Kosten werden auf etwa 500 Mio. US-Dollar geschätzt (JAT 3. 12.).

Außenpolitik Premier Kittikachorn erklärte am 25. 12., daß Thailand weiterhin an der ASEAN festhalten werde, während die ASPAC durch die Entwicklung in der Chinafrage revisionsbedürftig sei. Die Aufgabe der SEATO sollte sich in die eines Promoters einer Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten ändern. Die Beziehungen zur VR China würden überprüft, vor allem unter dem Aspekt der Lösung des Terrorismusproblems in Thailand (R. Bangkok 25. 12., FE 4189). Der Boykott japanischer Waren wird seit dem 20. 11. von 42 Schulen unterstützt; er fordert primär eine Senkung der japanischen Exporte, eine Liberalisierung der Einfuhren nach Japan und eine Änderung der Zahlungsbedingungen (JAT 7., 13. 11.). Ende November mußten sechs japanische Firmen etwa 300 Mio. Yen Strafe wegen falscher Importzoll-Erklärungen bezahlen (JAT 26. 11.). Japan erklärte sich inzwischen bereit, Kredite nicht mehr an den Kauf japanischer Waren zu binden und den thailändischen Export zu erhöhen. Derzeit arbeiten etwa 170 japanische Firmen in Thailand, in 232 weiteren sind japanische Interessen vertreten; insgesamt leben etwa 5 000 Geschäftsleute (mit Familien) in Thailand (NZZ 14. 12.). Die Präsenz der USA soll nach thailändischen Angaben bis zum Abzug der Truppen Nordvietnams aus Laos andauern (NZZ 2. 12.). Mit Indonesien wurde ein Abkommen über den Export von Reis im Wert von 35 Mio. Dollar unterzeichnet (JAT 14. 12.). Diplomatische Beziehungen wurden zu Polen (am 14. 11.) und zu Fidji (am 15. 12.) aufgenommen (R. Bangkok 15. 11., 18. 12., FE 4146, 75). Mit Malaysia wurde ein Fischereiabkommen unterzeichnet (R. Bangkok 28. 11., FE 4162).

5. Südvietnam

Inneres und Wirtschaft Als sichtbares Zeichen der Unversöhnlichkeit gegenüber dem Vietkong wurde am 15. 10. die Nennung der Namen von Persönlichkeiten des Vietkong oder Nordvietnams in der Presse verboten (UPI 15. 10.). Das Abgeordnetenhaus verabschiedete am 27. 10. eine Resolution, in der jede Koalitionsregierung mit den Kommunisten abgelehnt wird. Zum Abkommensentwurf vom 26. 10. erklärt Präsident Thieu, daß ein Abkommen ohne seine Unterschrift für sein Land nicht bindend sei (R. Saigon 27. 10. FE 4131). Ein Gesetz über die Ausrufung des Alarmzustandes wurde am 2. 12. erlassen; seine Hauptaufgabe besteht offensichtlich darin, das Land auf die Eventualitäten eines Waffenstillstandes vorzubereiten; es sieht u. a. Todesstrafen für Falschmeldungen sowie ein Demonstrationsverbot vor (Text in FE 4161). Vor beiden Kammern der Nationalversammlung erläuterte Präsident Thieu am 12. 12. seine Haltung zum geplanten Friedensabkommen und bot unter gewissen Bedingungen eine Waffenruhe noch vor Weihnachten an (R. Saigon 12. 12. FE 4169, NZZ 14. 12.).

Der Haushalt für das Jahr 1973 wird auf 436,5 Mrd. Piaster geschätzt, 85% davon sind für Sicherheit und Verteidigung vorgesehen, 78,594406 Mrd. für Sozialprogramme. Für den Haushalt 1972 wurde am 20. 11. ein Zusatzbudget in Höhe von 376,912245 Mrd. Piaster verabschiedet (W 702).

Außenpolitik Nach einmonatiger Unterbrechung wurde Anfang Dezember der Flugverkehr mit Thailand wieder aufgenommen (JAT 3. 12.). Zaire (Kongo-K.) anerkannte am 25. 11. gleichzeitig Nord- und Südvietnam (Le Soir 1. 12.). Am 6. 12. wurden mit Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen (NZZ 9. 12.). Die neuen Labour-Regierungen von Australien und Neuseeland beschlossen Anfang Dezember den Abzug ihrer Truppen innerhalb von drei Wochen (R. Melbourne FE 4168).

6. Nordvietnam

Innenpolitik und Wirtschaft Die Aushebung von Truppen wurde erheblich verstärkt; besonders betroffen sind davon die Provinzen Ha Giang, Cao Bang, Lang Son, Bac Thai im Norden, wo die Aushebungsnorm übertroffen worden sein soll (AFP 16. 11.). Ende Dezember trat der Ministerrat in Hanoi zusammen, um über die jüngste Entwicklung zu beraten, ohne daß (abgesehen von den üblichen propagandistischen Parolen) Einzelheiten bekannt wurden (R. Hanoi 29. 12. FE 4182).

Offiziellen Angaben zufolge waren die Ernteergebnisse im 3. Quartal besonders gut. Teilweise wurde die Überfüllung der Pläne gemeldet, insbesondere auf dem Gebiet des Getreideanbaus (R. Hanoi 24. 9., 1. 11. FE 4135). Im Widerspruch dazu stehen Meldungen über gewisse Unzulänglichkeiten in der Landwirtschaft, die auf die Auswirkungen des Krieges zurückgeführt werden (R. Hanoi 2. 11. FE 4137). Anfang Dezember hielt die Zentrale Landwirtschaftskommission eine Konferenz über die Bewässerung und die Aufgaben für die Jahre 1972 bis 1973 ab, in deren Mittelpunkt die Frühjahrs-Getreideproduktion stand (R. Hanoi 6. 12. W 704).

Außenpolitik Mit der UdSSR wurden am 9. 12. in Moskau mehrere Abkommen unterzeichnet, denen zufolge wirtschaftliche und militärische Güter in „großen Mengen zur nötigen Hilfe für die Stärkung des Verteidigungspotentials . . . ohne Gegenleistung“ geliefert werden. Die Schaffung einer ständigen Regierungskommission beider Staaten zur Stärkung der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit ist ebenfalls vorgesehen (R. Moskau 9. 12. W 704). Ministerpräsident Kosygin erklärte am 25. 12., daß die Sowjetunion auch künftig Nordvietnam gegen die „imperialistische Aggression . . . die notwendige Hilfe“ zukommen lassen werde (Tass 25. 12.). Mit Polen wurde ein Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit 1972/73, am 6. 10. in Hanoi unterzeichnet (VNA 7. 10.). Eine Delegation aus Kuba vereinbarte am 5. 11. ein Abkommen über die wissenschaftlich-technische Kooperation (R. Havanna 6. 11. FE 4140). Schweden kündigte die Steigerung seiner Hilfe an. Sie soll innerhalb von zwei Jahren 150 Mio. Kronen jährlich betragen (R. Stockholm 31. 10. W 698). Am 25. 11. wurde Bangla Desh anerkannt und am 1. 12. mit Österreich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart.

6. Vietnamkrieg/Vietnamverhandlungen

In der 162. Sitzung der Pariser Vietnam-Konferenz forderte der US-Delegierte, William J. Porter, erneut Verhandlungen über einen Waffenstillstand in ganz Indochina, während Südvietnam zu „echten Verhandlungen“ aufforderte. Nordvietnam und der Vietkong wiederholten die Forderung nach dem Rücktritt des südvietnamesischen Präsidenten und den Abzug der amerikanischen Truppen (VNA 5. 10. FE 4112). Vom 19.–23. 10. führte Präsidentenberater Kissinger in Saigon Verhandlungen mit Präsident Thieu, wobei er bemüht war, dessen Zustimmung zu den Vereinbarungen mit Hanoi zu erhalten. Thieu erklärte am 24. 10., daß Südvietnam weder eine Koalitionsregierung noch einen Waffenstillstand, der nicht international überwacht werde, akzeptieren werde (NZZ 23., 28. 10.). Nordvietnam veröffentlichte am 26. 10. den Inhalt einer Vereinbarung mit den USA „über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam“, die am 22. 10. fertiggestellt worden war, eine Einstellung der Luftangriffe für den 23. 10. vorsah und am 23. 10. hätte unterzeichnet werden sollen. Da die USA ihre Zusage nicht eingehalten und neue Verhandlungen verlangt haben, wurde das Abkommen einseitig veröffentlicht. Es sieht im wesentlichen vor:

1. Die USA respektieren die Unabhängigkeit und die Einheit Vietnams
2. In Südvietnam tritt ein Waffenstillstand in Kraft; die Kriegshandlungen gegen Nordvietnam werden beendet; binnen 60 Tagen ziehen alle US-Truppen aus Südvietnam ab.
3. Parallel zum Truppenabzug erfolgt die Repatriierung der Kriegsgefangenen.

4. In Südvietnam wird ein „Rat zur nationalen Versöhnung und Eintracht“ gebildet, dem Vertreter Südvietnams, des Vietkong und neutraler Kräfte angehören.
5. Die Wiedervereinigung Vietnams wird schrittweise verwirklicht.
6. Es werden gemischte Kommissionen der beteiligten Parteien und eine internationale Überwachungskommission gebildet; binnen 30 Tagen wird eine internationale Vietnamkonferenz einberufen.
7. Die Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Neutralität von Laos und Kambodscha wird von allen Parteien respektiert.
8. Die Vereinigten Staaten nehmen Beziehungen zur Demokratischen Republik Vietnam auf und beteiligen sich an der Beseitigung der Kriegsschäden.
9. Das Abkommen tritt sofort in Kraft (Text: FAZ 27. 10.).

Vom 20.–25. 11. trafen Kissinger und Le Duc Tho zu neuen Gesprächen zusammen, um die nach den Verhandlungen im Oktober offengebliebenen Fragen zu lösen. Weitere Gespräche finden in der Zeit vom 4.–13. 12. statt (NZZ 20., 22. 11., 9. 11., 18. 12.). Nordvietnam und der Vietkong verstärkten inzwischen ihre militärische Aktivität und näherten sich der Hauptstadt Saigon am 8. 10. an einer Stelle bis auf 15 km. Die US-Luftwaffe flog massive Bombenangriffe gegen die feindlichen Stellungen und stellte die Angriffe jenseits des 20. Breitengrades erst am 27. 10. ein. Nach heftigen Angriffen der Kommunisten im Zentralen Hochland und im Raum von Saigon werden am 18. 12. die amerikanischen Luftangriffe erneut auf das Gebiet jenseits des 20. Breitengrades ausgedehnt. In der Folgezeit kommt es zu den schwersten Bombenangriffen seit Kriegsbeginn überhaupt. Tausende von Zivilisten werden verletzt oder getötet, Teile der Städte Hanoi und Haiphong zerstört (NZZ 20., 21., 23. 11.). Als Protest auf das Bombardement verlassen die Vertreter Nordvietnams und des Vietkong nach einer Erklärung die 171. Sitzung der Pariser Verhandlungen am 21. 12. unter Protest. Auch die zunächst fortgesetzten Expertengespräche zwischen den USA und Nordvietnam werden am 23. 12. von Nordvietnam abgebrochen (FAZ 22. 12.).

D. Ostasien

1. Volksrepublik China

Innenpolitik Am 1. 10. wurde der 23. Jahrestag der Gründung Chinas begangen. Die Leitartikel der Presse stellten die außenpolitischen Erfolge im letzten Jahr heraus, die Entschlossenheit, den Kampf gegen „Imperialismus und Sozialimperialismus“ fortzusetzen (NCNA 1. 10.). Die innenpolitische Thematik war von folgenden Schwerpunktthemen bestimmt: Nach wie vor wird zur Parteiarbeit in der Armee, zur Kaderarbeit und zur Disziplin aufgerufen (JMJP 14., 17. 10.), wobei gleichzeitig die Notwendigkeit der Bekämpfung anarchistischer Tendenzen und extremen Linksradikalismus betont wurde (NCNA 3. 11., R. Peking 8. 11.). Weiterhin wurden der Opportunismus und die „revisionistische Linie Liu Shao-chis und der Betrüger seiner Art“ bekämpft (Hung Chi Nr. 11/72). Die Jugenderziehung stand ebenfalls im Mittelpunkt, wobei die ideologische Schulung betont (Hung Chi Nr. 10/72) und die Bedeutung der Verschickung Jugendlicher in ländliche Gebiete hervorgehoben wurde (FE 4124, NZZ 24. 11.). Die Nachfolgefrage steht im Mittelpunkt des Interesses, wobei eine Äußerung von Premier Chou En-lai bemerkenswert ist, die auf ein Führungskollektiv schließen läßt (SCMP 13. 10., FAZ 19. 10.). Die Nachrichtenagentur Hsinhua wurde ausgebaut, sämtliche Massenmedien modernisiert (dpa 26. 11., NZZ 12. 11.). Der Ausbau der Luftschutzanlagen macht große Fortschritte – ein riesiges System von Luftschutzanlagen in Peking und anderen Städten soll nahezu vollendet sein (FAZ 27. 10.). Nach Angaben der „New York Times“ verfügt China über strategische Raketen, mit denen es Moskau erreichen kann und die mit Atombomben mit einer Sprengkraft von 3 mega-t tragen. Daneben besitzt China etwa 20 weitere Raketen mit einer Reichweite von 15 000 bzw. 4000 km. Allenthalben scheint sich das innenpolitische Leben wieder zu normalisieren – erstmals seit 1966 fand in der Pekinger Kathedrale ein Weihnachtsgottesdienst statt.

Wirtschaftspolitik Die Landwirtschaft hat „absoluten Vorrang“ vor der Leicht- und Schwerindustrie (Hung Chi Nr. 10/72); Hinweise auf die Bedeutung der Technik geben offensichtlich die Erkenntnis wieder, daß Ideologie allein fachliches Können nicht ersetzen kann (JMJP 17., 22. 10.). Die Notwendigkeit der Getreidespeicherung für den Kriegs- und Katastrophenfall wird permanent propagiert (JMJP 24. 10., 15., 24. 11., 8. 12.). Trotz Naturkatastrophen wird

eine gute Ernte erwartet, vor allem in Hopei und Honan (NCNA 3. 10.). Erfolgsmeldungen wurden über die Eisen- und Stahlindustrie in Anhwei gemeldet, die Produktion war in den ersten 8 Monaten um 6,7% höher als im Vorjahr (NCNA 8. 10.). Auf einer Ausstellung in Shanghai wurden die Ergebnisse der Laser-Forschung vorgestellt (NCNA 8. 10.), in den Ostprovinzen Chekiang, Fukien, Kiangsü soll die Tee-Ernte um 10,7 bzw. 17,1% gestiegen sein (NCNA 27. 10.). Die Düngemittelproduktion lag in den ersten neun Monaten um 33% über der des Vorjahrs (NCNA 30. 10.). Nach dem Motto „Aufbau unseres Landes durch Fleiß und Sparsamkeit“ konnte China das Phänomen verwirklichen, die Produktion zu steigern und die Kosten zu senken. (Nach Angaben aus 22 Provinzen wurden im ersten halben Jahr von Industrie- und anderen Unternehmen 138 000 t Walzstahl, 5 Mio. t Kohle, 152 000 t Petroleum, 1,78 Mio. Kilowatt usw. eingespart . . . (NCNA 3. 11.). Das Transportsystem wurde weiter verbessert, das Volumen der Bahnfracht wurde um 6,8%, der Umschlag der Häfen um 9,3% gesteigert (NCNA 26. 12.). Vom 15. 10.—15. 11. fand die Kantoner Herbstmesse statt, die 32. seit 1957. Mehr als 4000 Geschäftsleute nahmen an ihr teil (NCNA 15. 10.). (Zum Bergbau vgl. NZZ 8. 10., zur Industrialisierung FAZ 9. 10., zum Bankwesen NCNA 9. 10.).

Außenpolitik (Die Fülle der Kontakte Chinas und der begrenzte Raum erlauben keine vollständige Wiedergabe von Pekings Außenpolitik, weshalb lediglich die wichtigsten Ereignisse erwähnt werden.)

A s i e n : Auf einem Bankett für Le Duc Tho betonte Chou En-lai die Entschlossenheit, Nordvietnam weiter zu unterstützen (JAT 18. 10.); Peking trat für baldigen Frieden in Indochina ein und forderte die USA auf, den Abkommensentwurf vom 26. 10. zu unterzeichnen (NCNA 30. 10., JMJP 3. 11., NZZ 4. 11.). Am 26. 11. wurden Abkommen über unentgeltliche wirtschaftliche und militärische Unterstützung für 1973 unterzeichnet (NCNA 26. 11., Text 27. 11.). Die erneuten Bombenangriffe der USA wurden verurteilt (NCNA 20. 12.). Ein Warenlieferungs- und Zahlungsabkommen folgte am 26. 12. (NCNA 27. 12.). Der Außenminister des Vietkong, Frau Binh, wurde bei seinem Besuch in China am 29. 12. von Mao Tse-tung persönlich empfangen (NCNA 29. 12.). Thailand nahm erstmals an der Kantoner Herbstmesse teil. (R. Bangkok 10. 10., vgl. Thailand). Die Normalisierung der Beziehungen zu Indonesien wird unmittelbar nach der Beendigung des Vietnamkrieges erwartet (NZZ 17. 10.). Die Normalisierung mit Japan bewirkte einen deutlichen Rückgang der chinesischen Attacken auf die Politik Tokyos; Japan setzt große Hoffnungen auf den Chinahandel, mehr als 1600 Firmen waren auf der Kantoner Messe vertreten (NZZ 12. 10.). Die Delegationen nach China und umgekehrt sind kaum mehr zu übersehen (vgl. Japan). Mit Nordkorea wurde ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Geologie unterzeichnet (NCNA 9. 10.), ebenso ein wissenschaftlicher Kooperationsplan für 1973/74 (NCNA 14. 11.); ein Handelsabkommen folgte am 13. 12. (NCNA 13. 12.). Außenminister Chi Peng-fei besuchte vom 23.—25. 12. Nordkorea, wobei die „Verpflichtung zur Ausweitung der brüderlichen Beziehungen“ betont wurde (NCNA 25. 12.). Nepals Premierminister Kirti Nidhi Bista hielt sich vom 14.—26. 11. in Peking auf, wo er am 17. 11. von Mao Tse-tung empfangen wurde (NCNA 17. 11.); am 18. 11. wurde ein Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit (NCNA 18. 11.) sowie eines über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit vereinbart (JAT 20. 11.). Mit Sri Lanka wurde am 23. 11. eine gemeinsame Schifffahrtslinie eröffnet (JAT 25. 11.), am 18. 12. ein Handelsabkommen vereinbart (NCNA 18. 12. FE 4176). Mit Australien und Neuseeland wurden am 21. 12. diplomatische Beziehungen aufgenommen (Text NCNA 22. 12.). **E u r o p a** : Chinas Interesse an den EG hält weiter an, sehr zum Mißfallen Moskaus kritisiert Peking die Sicherheitskonferenz (NZZ 23. 11., PAP 25. 10.). Außenminister Scheel besuchte vom 10.—14. Oktober China und unterzeichnete dort am 10. 11. ein Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen (Text NCNA 10. 11.). Eine Handelsdelegation der Bundesrepublik reiste am 12. 10. nach Peking, um dort am 20. 12. ein Handelsabkommen zu unterzeichnen (NCNA 20. 12. FE 4177, FAZ 21. 12.). Mit Österreich wurde am 30. 10. ein Handelsabkommen unterzeichnet, wozu Handelsminister Staribacher nach Peking gekommen war (NCNA 30. 10., 2. 11.). Mit Malta wurde am 16. 11. ein Protokoll zum Bau eines Trockendocks vereinbart (AFP 16. 11.). Mit Luxemburg wurden am 13. 11. diplomatische Beziehungen aufgenommen (NCNA 13. 11.). Englands Außenminister Douglas-Home besuchte vom 29. 10.—2. 11. die Volksrepublik (NCNA 2. 11. FE 4136). Mit dem Iran wurde am 18. 11. ein Luftverkehrsabkommen (NCNA 18. 11.) mit Italien am 5. 10. ein Schifffahrtsvertrag, am 8. 10. ein Seetransport-Abkommen unterzeichnet (NCNA vom gleichen Tag). Italiens Außenhandelsminister Matteotti hielt sich vom 9.—16. 10. in Peking auf, wo zu dieser Zeit die erste italienische Ausstellung in China stattfand (NCNA

22. 10.). Der Außenminister von San Marino, G. Ghironzi, hielt sich vom 5.—13. 10. in China auf (NCNA 13. 10.). Mit Albanien wurde am 5. 10. ein Exekutivplan für die wissenschaftliche Zusammenarbeit 1972/73 unterzeichnet (NCNA 5. 10.), am 12. 10. folgte eines über die Zivilluftfahrt (NCNA 9. 11.). Während sich die Beziehungen Chinas zur UdSSR fast normalisiert haben, setzt Tirana seine Polemik unvermindert fort (ATA 28. 12.). **S o w j e t b l o c k**: Polen eröffnete am 5. 12. eine Ausstellung von Bau- und Bergbaumaschinen in Peking (NCNA 5. 12.). Außenhandelsminister Chi Peng-fei besuchte Mitte November Ungarn und wurde u. a. von Jenö Fock empfangen (MTI 13. 11.). Der Minister reiste anschließend nach Jugoslawien weiter, wo er sich bis zum 23. 11. aufhielt (NCNA 23. 11.). Die CSSR trat durch besonders intensive Beteiligung an der Polemik des Sowjetblocks gegen China hervor (R. Prag 5., 24. 10., Rude Pravo 18. 12.). „Brüderliche Freundschaft“ herrscht dagegen mit Rumänien (NCNA 1. 10.), mit dem am 27. 11. ein Handelsabkommen vereinbart wurde (NCNA 28. 11.).

A m e r i k a: US-Außenminister Rogers traf am 5. 10. mit Chiao Kuan-hua, dem stellv. Außenminister und dem Delegierten bei den UN, Huang Hua, zusammen, wobei er u. a. die Handelsbeziehungen und den Besucheraustausch erörterte (NZZ 7. 10.). In der Verbindung mit der Entwicklung in Vietnam kam es zu Verstimmungen zwischen Peking und Washington — wurde zunächst die amerikanische Weigerung kritisiert, das Abkommen mit Vietnam in seiner ursprünglichen Form zu unterzeichnen (FAZ 1. 11., NCNA 3. 11. FE 4137), so standen später die verstärkten Waffenlieferungen der USA an Südvietnam und Kambodscha im Zentrum der chinesischen Kritik (R. Peking 16. 11. JMJP 22. 11.). Die Meldung über die Wiederwahl Nixons zum Präsidenten der USA wurde kommentarlos von der chinesischen Presse wiedergegeben (JMJP 9. 11.); seitens der USA wurde Ende November eine Lockerung der Bestimmungen über den See- und Luftverkehr zwischen beiden Ländern bekanntgegeben (NZZ 24. 11.). Mit **K a n a d a** wurde am 13. 10. ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet (NCNA 14. 10., FE 4120), ohne daß Einzelheiten bekanntgegeben wurden. Außerdem erklärte sich China gegenüber Außenminister Mitchell Sharp anlässlich seines Besuches in Peking bereit, für Waffenlieferungen vor 1949 an China, die bisher nicht bezahlt waren, eine Entschädigung zu gewähren (R. Montreal 25. 10. FE 4130).

L a t e i n a m e r i k a: In Beantwortung des Vorschlages Mexikos, ein Abkommen über ein Atomwaffenverbot in Lateinamerika zu unterzeichnen, gab das Außenministerium am 14. 11. bekannt, daß China zur Unterzeichnung dieses Abkommens nicht bereit sei, obwohl es versicherte, selbst nie zuerst Atomwaffen einzusetzen, keine Atomdrohungen gegen Lateinamerika zu erheben oder in den einzelnen Ländern Produktionsanlagen zu errichten bzw. Atomwaffen in sie zu transportieren. Als Begründung für die Ablehnung wurde angeführt, daß der Vertrag über Lateinamerika in Verbindung mit dem Atomwaffensperrvertrag stehe, den China ablehne, daher müsse es auch die Unterzeichnung dieses Vertrages verweigern (NCNA 15. 11. FE 4147, JMJP 17. 11.). Mit Guayana wurde am 8. 11. ein Protokoll über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie eines über den Warenaustausch zwischen beiden Staaten unterzeichnet. Der Außenminister Guayanas, Kenneth King, war aus diesem Anlaß nach China gereist (HNA 8. 11. 72). Am 8. 11. besuchte die erste chinesische Handelsdelegation seit 1949 Jamaika (NCNA 9. 11., FE 4142), und nur wenig später, am 23. 11., wurde in Peking die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jamaika (nach entsprechenden Vorverhandlungen in Ottawa) bekanntgegeben (NCNA 23. 11.). Vom 17. bis 27. 10. hielt sich eine Wirtschaftsdelegation Mexikos unter der Leitung des Industrie- und Handelsministers Carlos T. Manso in China auf. Entsprechend einem Pressecommuniqué ist Mexiko am Export u. a. von Baumwolle, Düngemitteln, Zucker, Sisal und Nutzholz in die VR China, China dagegen am Export von Maschinen und Apparaten, chemischen Produkten, Metallen und Mineralien interessiert. Übereinstimmung wurde für 1973 im Hinblick auf einen erweiterten Bankzahlungsverkehr, eine intensivere Zusammenarbeit im Seeverkehr, bessere Kontakte zwischen dem Handelspersonal und dem laufenden Austausch von Handelsinformationen sowie der Organisation von Handelsmessen in den Hauptstädten beider Länder erzielt (NCNA 27. 10. FE 4130). Der Stabschef der Armee Perus, E. M. Jarrin, leitete eine Militärdelegation, die vom 21. bis 24. Oktober China besuchte (NCNA 21., 24. 10. FE 4128). Zwischen einer Handelsdelegation aus Venezuela und dem Außenhandelsministerium wurde am 14. 11. in Peking ein Protokoll über die gemeinsamen Bemühungen, die Handelsbeziehungen zu intensivieren, unterzeichnet (R. Peking 20. 11.).

2. Republik China (Taiwan)

Inneres und Wirtschaft Der 20. Jahrestag der Staatsgründung wurde am 10. 10. trotz der politischen Rückschläge mit gewohntem Pomp aber ohne Präsident Chiang Kai-shek begangen. Seine (verlesene) Botschaft sprach von „ungebrochener Entschlossenheit“, allen Hindernissen zum Trotz gegen den Kommunismus zu kämpfen und „eines Tages“ das Festland zu erobern (NZZ 22. 10.). Bei den Ergänzungswahlen zur Nationalversammlung, den ersten Parlamentswahlen seit 1949, beteiligten sich ca. 60% der 7,5 Mio. Wahlberechtigten. Erwartungsgemäß hat die regierende Kuomintang dabei 43 der 53 freien Sitze gewonnen (NZZ 27. 12.). Am 19. 11. wurde ein Fünfjahresplan zur Familienplanung beschlossen, der das Bevölkerungswachstum auf etwa 2% jährlich herabsetzen soll (R. Taipei 20. 11.). Die zunehmende politische Isolierung zeigte bisher keine wesentlichen Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung, der Kapitalzustrom hält nach wie vor an. Die Handelspolitik wurde im Zeichen dieser Entwicklung flexibler, auch wird jetzt mit kommunistischen Staaten gehandelt. Das Fehlen diplomatischer Beziehungen wird durch die Intensivierung der wirtschaftlichen zu ersetzen versucht. Die Wachstumsrate der Exporte lag bis Oktober um mehr als 40% über der 1971; erstmals wird damit gerechnet, daß der Außenhandel Taiwans jenen der VR China übertreffen wird (FAZ 20. 11., NZZ 28. 12.).

Außenpolitik Die Erbitterung gegen Japan wegen deren Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peking schlug hohe Wellen, ohne daß sich jedoch wesentliche Veränderungen in den für beide Staaten wichtigen Wirtschaftsbeziehungen ergaben. Die ursprüngliche Begrenzung der Importverträge auf 20 000 Dollar für die Importe und die Einstellung der Lieferungen wurde inzwischen zu „nichtbindenden Ratschlägen“ erklärt. Chiang Kai-shek kritisierte die diplomatischen Beziehungen zwischen Tokyo und Peking und behauptete, daß Tokyo „dem Dieb die Tür geöffnet“ habe (NZZ 11. 10., 8. 11.). Am 28. 11. verließ der chin. Botschafter Japan (womit 20 Jahre nach Inkrafttreten des Friedensvertrages zwischen beiden Staaten die diplomatischen Beziehungen ihr Ende fanden). Die Fortsetzung der wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte wurde am 26. 10. durch die Unterzeichnung eines Abkommens über wirtschaftlichen und kulturellen Austausch auf „privater Ebene“ gesichert. Die „Japan-Taiwan-Außenhandelsgesellschaft“ und die „Gesellschaft für ostasiatische Beziehungen“ werden Büros in Tokyo, Osaka und Fukuoka bzw. in Taipei und Kaohsiung eröffnen und dort auch Konsulatsfunktionen übernehmen (Kyodo 26. 12. FE 4179). Der Außenhandel mit den USA erreichte bis zum 23. 12. ein Volumen von 5,7896 Mrd. \$ (Steigerung von 48% gegenüber 1971), womit die USA der größte Handelspartner Chinas bleiben, gefolgt von Japan und Westeuropa (R. Taipei 28. 12.). **Jamaica** und **Madagaskar** erklärten im November den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, nachdem sie bereits zuvor Peking anerkannt hatten (NCNA 2. 11., R. Johannesburg 27. 11.). Mit **Obervolta** wurde am 23. 11. ein Abkommen unterzeichnet, in dem China einen Kredit von 50 Mio. CFA-Francs gewährt (R. Ouagadougou 24. 11. W 703).

3. Japan

Innenpolitik Der Plan für die Verteidigungsausgaben für 1972–1976 ist mit 463 Mrd. Yen fast doppelt so hoch wie der vorherige Fünf-Jahres-Plan (Kyodo 9. 10. FE 4115). Als Höchstgrenze für die Verteidigungsausgaben werden 1% vom Bruttosozialprodukt angegeben (JAT 17. 10.). Für den 10. 12. wurden Neuwahlen angesetzt, wozu Kaiser Hirohito auf Vorschlag von Premier Tanaka am 13. 11. das Unterhaus auflöste. Der Wahlkampf verlief ruhig, als unangefochtener Sieger galt der LDP-Vorsitzende K. Tanaka, doch rechtfertigte das Ergebnis den Optimismus nicht. Die LDP konnte zwar ihre sichere Mehrheit behaupten, verlor jedoch 17 Sitze, ihr Stimmenanteil sank auf 46,9%. Das neue Unterhaus (491 Sitze) setzt sich wie folgt zusammen (die Sitzverteilung vor den Wahlen) (SZ 12. 12.):

| | |
|---------------------------|-----------|
| Liberal-Demokraten | 271 (297) |
| Sozialisten | 118 (87) |
| Kommunisten | 38 (14) |
| Komeito | 29 (47) |
| Demokratische Sozialisten | 19 (29) |
| Sonstige | 16 (3) |

Die Regierungsbildung gestaltete sich schwierig, da Tanaka die einzelnen Fraktionen der LDP ausbalancieren mußte, um auf einen möglichst großen „gemeinsamen Nenner“ basieren zu können. Die wichtigsten Posten seines neuen Kabinetts:

| | |
|------------------------------------|------------------------------------|
| Isaji Tanka (66) (neu) | – Justiz |
| Masayoshi Ohira (62) (bestätigt) | – Äußeres |
| Kiichi Aichi (65) (neu) | – Finanzen |
| Yasuhiro Nakasone (54) (bestätigt) | – Außenhandel und Industrie |
| Masumi Easaki (57) (neu) | – Inneres (Kyodo 22. 12. FE 4179). |

Sein größter innerparteilicher Rivale, seinerzeit Gegenkandidat um die Nachfolge Satos, Takeo Fukuda, wurde Staatsminister und Generaldirektor des Verwaltungsamtes.

Wirtschaftspolitik Der Außenhandel stieg von April bis September gegenüber dem Vorjahr um 15,9% und erreichte ein Volumen von 14,097146 Mrd. \$; die höchste Zuwachsrate bisher überhaupt wurde im September mit 23,2% erreicht, an der Spitze der Waren lagen Tonbandgeräte mit einer Steigerung von 41,7% (Kyodo 16. 10. W 696 NZZ 16. 10.). Am 20. 10. wurde ein Zusatzbudget von 1,154 Mrd. Yen für das laufende Finanzjahr angenommen, womit das Budget um 28,7% gegenüber dem Vorjahr stieg (Kyodo 20. 10.). Am gleichen Tag wurde das 3. Programm zur Vermeidung einer Yen-Aufwertung vorgelegt, das u. a. eine Ausdehnung der Einfuhr, Beschränkung der Ausfuhr, eine weitere Liberalisierung des Kapitalverkehrs, eine Erhöhung der Entwicklungshilfe, den Ausbau der sozialen Leistungen vorsieht (NZZ 23. 10.). Nach dem Weißbuch über die Verkehrswirtschaft 1971/72 belief sich das Transportvolumen auf 5,37 Mrd. t (oder 332,6 Mrd. t/km), was einer Zunahme von 2,7% entspricht; insgesamt wurden 42 Mrd. Fahrgäste, 3,5% mehr als im Vorjahr, befördert (NZZ 8. 11.). Trotz verschiedener Maßnahmen wie die Senkung von Einfuhrzöllen stand der Yen weiterhin unter Druck (vgl. NZZ 12., 14. 11.). Im November rückte Tokyo zum größten Kapitalmarkt der Welt auf, da allein in diesem Monat ausländische Obligationen in Höhe von 220 Mio. \$ emittiert wurden. (Die Emissionen an westdeutschen Kapitalmärkten lagen zwischen 120 und 130 Mio. \$) (NZZ 30. 11.). Dem Monatsbericht des staatlichen Wirtschaftsplanungsbüros vom Dezember zufolge ist die Konjunktur von einer Aufwärtsentwicklung gekennzeichnet, die von den erhöhten Staatsausgaben, einer starken Aktivität am Baumarkt und allmählich steigenden Investitionen ausging (NZZ 7. 12.).

Außenpolitik Sowjetblock: Premier Tanaka erklärte gegenüber dem Sowjetbotschafter am 13. 10., daß Japan über einen Friedensvertrag mit Moskau verhandeln wolle, während Breschnew in einer persönlichen Botschaft den Wunsch nach „freundlichen Beziehungen“ zu Japan ausdrückte (Kyodo 13. 10. FE 4119). Außenminister Ohira besuchte vom 21.–24. 10. die Sowjetunion, wo er u. a. mit seinem Amtskollegen Gromyko zusammentraf und außer den Verhandlungen über einen Friedensvertrag auch die Kurilenfrage anschnitt, doch scheinen in dieser Frage beide Seiten von ihren grundsätzlichen Standpunkten nicht abzugehen (R. Tokyo 23. 10. Tass 24. 10.). Die erhoffte schnelle Aussöhnung wurde durch diese Gegensätze weit hinausgeschoben (FAZ 27. 10., Die Zeit 3. 11.). Von der sowjetischen Presse wurden die Ansprüche Tokyos als „gegenstandslose und absurde Territorialforderungen“ bezeichnet (Isv 1. 11., Tass 24. 11.). Die Forderungen Tokyos werden von Peking mit Nachdruck unterstützt (NCNA 2. 12. FE 4161). Wesentlich positiver entwickelten sich die Wirtschaftsbeziehungen. Anfang Oktober kam eine Textildelegation nach Japan (JAT 18. 10.), Ende des Monats wurden Verhandlungen über die Ausbeutung des sibirischen Erdgases geführt, an dem auch die USA mitwirken sollen (JAT 29. 10., 6. 11.). Am 25. 11. begann in Moskau eine weitere Gesprächsrunde über die Schifffahrt (JAT 8. 11.). Neben einer Einigung über die Erdölsuche im Schelfgebiet Sachalins wurden Ansprachen über den Umweltschutz getroffen (Tass 24. 11.). Japan wird für die Ausbeutung der Bodenschätze Sibiriens Kredite für den Kauf japanischer Ausrüstungen zur Verfügung stellen und wird bei erfolgreichem Abschluß bevorzugt mit Öl und Gas beliefert (Kyodo 21. 11. W 701). Mit Bulgarien wurde am 22. 11. ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit für 1973 unterzeichnet (BTA 23. 11. FE 4155), eine Parlamentsdelegation aus der CSSR unter A. Indra besuchte vom 11.–18. 11. Japan und wurde u. a. von Premier Tanaka empfangen (CTK 11. 11.). Eine Delegation der KP Japans besuchte vom 27. 10.–3. 11. die DDR (ADN 3. 11.), am 5. 11. kam eine Wirtschaftsdelegation unter Staatssekretär Beil nach Tokyo, um Gespräche über die Ausweitung des Handels zu führen (ADN 5., 6. 11.). Am 8. 11. wurde ein Arbeitsprogramm für Wirtschaftsausschüsse beider Staaten für 1973 unterzeichnet; Japan wird die DDR nach der Regelung der innerdeutschen

Beziehungen anerkennen (ADN 8. 11., Kyodo 11. 11.). Asien: Mit der VR China wurde am 29. 10. ein weiteres „Memorandum“-Abkommen für 1973 unterzeichnet, das ein Volumen von 120 Mio. \$ vorsieht (Kyodo 29. 10. W 698), außerdem will Japan über ein ziviles Luftfahrtabkommen verhandeln (JAT 11. 11.). Im Fiskaljahr 1972/73 betrug der Handel unter dem „Memorandum“-Abkommen 103,636 Mio. \$, 17^o/_o mehr als im Vorjahr (Kyodo 13. 12. W 704). Mit Indonesien wurde am 14. 11. ein Abkommen (Laufzeit 15 Jahre) über technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft unterzeichnet (die Hilfe Japans beträgt 1 Mrd. Yen) (JAT 15. 11.). Am 21. 11. erhielt Indonesien eine Anleihe in Höhe von 3,794 Mio. Yen für Straßenbau (JAT 22. 11.), außerdem wurden fünf Abkommen über die Entwicklungsprojekte mit japanischer Hilfe unterzeichnet (Antara 23. 11.). Malaysia erhielt eine Anleihe in Höhe von 18 Mrd. Yen (Zins 5,5^o/_o, rückzahlbar in 18 Jahren) (Kyodo 11. 10. W 696). Die Handelsbilanz mit Singapur weist für 1971 einen Anstieg um 14,3^o/_o auf (JAT 1. 12.). Die Rückzahlung des Kredites von 11,6 Mrd. Yen von Pakistan wurde auf 3 Jahre hinausgeschoben (Dawn 14. 10.). Am 7. 11. gewährte Japan einen weiteren Kredit in Höhe von 4,3 Mio. \$ (R. Japan 7. 11.). Nepal wurde ebenfalls eine Verlängerung seines Kredites (360 Mio. Yen) gewährt (JAT 3. 12.). Mit Bangla Desh wurde am 5. 12. ein Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, in dessen Rahmen Japan ein Darlehen in Höhe von 12 Mio. \$ gewährte (AIR 5. 12.). Birma erhält eine Anleihe in Höhe von 3,6 Mrd. Yen zur Finanzierung von Industrieprojekten (Rückzahlung in 20 Jahren) (JAT 23. 9.), Südkorea am 30. 9. eine Anleihe in Höhe von 1,7 Mio. Yen (5^o/_o Zins, rückzahlbar in 15 Jahren) (Kyodo 30. 9. W 694). Am 10. 11. wurde ein zweiseitiges Schiffsabkommen einschließlich der Vergabe eines 50 Mio.-\$-Kredits vereinbart (JAT 14. 11.). Die Normalisierung der Beziehungen zu Nordkorea erweist sich nach Premier Tanaka „schwierig“, vor allem im Hinblick auf Südkorea (JAT 2. 11.). Mit Australien bahnt sich eine neue Phase in den Handelsbeziehungen an (NZZ 22. 10.). Im Hinblick auf den Vietnamkrieg erklärte sich Japan bereit, beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu helfen (NZZ 13. 12.). Eine Beteiligung an der Internationalen Kontrollkommission zur Überwachung eines Waffenstillstandes in Vietnam lehnte Japan ab (JAT 26. 10.). Mit Südvietnam wurde am 30. 11. ein Abkommen über eine Hilfe in Höhe von 3,6 Mio. \$ gewährt (rückzahlbar in 18 Jahren) (R. Japan 30. 11.) (vgl. auch Thailand Republik China, Nordkorea). Amerika: Japan will auch weiterhin am Sicherheitsvertrag mit den USA festhalten, obwohl die oppositionelle SPJ einen Nichtangriffspakt mit der UdSSR, der VR China und Nordkorea forderte (R. Japan 30. 10.). Die auf Okinawa stationierten Raketen- und Luftverteidigungsanlagen der USA wurden von Japan für 7,7 Mrd. Yen gekauft (JAT 1. 11.). Ende November wurde zwischen beiden Staaten ein Fischereiabkommen unterzeichnet (JAT 29. 11.). Chile wurden zwei Jahre Zahlungsaufschub für die fälligen 2,86 Mio. \$ bewilligt (JAT 29. 11.). In Kuba wurde vom 16.–21. 10. eine Musterausstellung abgehalten (Kyodo 11. 10. W 695). Brasilien erhielt eine Anleihe von 217 Mio. \$ zum Ausbau der Stahlindustrie (Kyodo 5. 10. W 694), Paraguay eine in Höhe von 3,9 Mrd. Yen für den Aufbau von Fernmeldeanlagen (4^o/_o Zins, fünfzehn Jahre Laufzeit) (JAT 22. 11.). Afrika: Fünf Staaten (Zaire, Nigeria, Äthiopien, Kenya und Madagaskar) erhielten Kredite für Entwicklungsprojekte in Höhe von 180 Mio. \$, wovon der Löwenanteil von 120 Mio. \$ an Zaire entfällt (AFP 30. 8.).

4. Nordkorea

Innenpolitik Die 5. Plenartagung des ZK der KP Koreas trat am 23. 10. zur Beratung über die Verfassung, den Wirtschaftsplan für 1973 und den Umtausch der Parteibücher zusammen (KCNA 23. 10. FE 4127). Bei den Parlamentswahlen am 12. 12. wurden bei (angeblich) 100^o/_oiger Wahlbeteiligung die 540 Mitglieder der Obersten Volksversammlung, 3085 der Provinz und 48 784 Delegierte der Stadt- und Landversammlungen gewählt (KCNA 13. 12. FE 4179). Die erste Sitzung der 5. Obersten Volksversammlung am 25. 12. beschloß die Annahme der neuen Verfassung, die mit insgesamt 149 Artikeln u. a. das „sozialistische System und die Diktatur des Proletariats ... kraft Gesetzes schützen“ soll und „die Wiedervereinigung und Unabhängigkeit des Landes auf demokratischer Basis erreichen“ will (Text KCNA 27. 12. FE 4181). Außerdem wurden die Staatsorgane wie das ZK, der Verwaltungsrat und das Ständige Komitee gewählt. Präsident ist weiterhin Kim Il-sung, die wichtigsten Kabinettsmitglieder sind:

Ho Dam – Außenminister
Kim Byong-ha – Sicherheit

Choe-Hyon — Streitkräfte

Kye Ung-tae — Außenhandel (NCNA 28. 12.).

Neuer Generalsekretär der KP wurde Rim Chon Chu.

Wirtschaftspolitik Die Industrialisierung macht weiterhin Fortschritte. Den wenigen publizierten Angaben zufolge ist das Volkseinkommen 1972 gegenüber 1970 um 10,3% gestiegen, die Wachstumsrate der Industrieproduktion lag bei 14%. Wichtigster Außenhandelspartner war die UdSSR; zunehmend wird Japan wichtig, mit dem der Handel 1971 68 Mio. \$ betrug (NZZ 26. 10.). Die Schwerpunkte der Wirtschaftsentwicklung 1973 liegen auf der Maschinen-, der Metall- sowie der chemischen Industrie (Nodong Sinmun 15. 11. W 700). Die Eisen- und Stahlproduktion ist im Vergleich zum Vorjahr um 14,6% gestiegen, auf Roheisen entfallen 8,1%, Stahl 9,9%, Walzstahl 8,7%, Stahldraht 12,5% und Schweißrohre 95,8% (NCNA 18. 11.).

Außenpolitik Aus der UdSSR kamen mehrere Delegationen nach Nordkorea; mit den anderen Staaten des Sowjetblocks wurden die Beziehungen intensiviert. Mit der CSSR wurde am 24. 11. ein Handelsabkommen für 1973 (KCNA 29. 11.), mit Bulgarien ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf wirtschaftlich-technischem Gebiet (KCNA 6. 11. FE 4139), mit Rumänien ein Kulturaustauschplan (KCNA 3. 10. FE 4110) und mit der DDR ein Protokoll über wissenschaftliche Koordination für 1972/73 (ADN 6. 11.) unterzeichnet. Jugoslawien errichtete Mitte November in Pyongyang eine Botschaft (Tanjug 16. 11.), mit Kuba wurde ein Plan für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Akademien der Wissenschaften für 1973/74 (KCNA 12. 12. W 704), mit der Mongolischen VR ein Warenaustausch- und Planungsabkommen für 1973 (KCNA 27. 12. FE 4183) unterzeichnet. Intensiviert wurden die Beziehungen zu Japan, die von zunehmenden wirtschaftlichen Beziehungen gekennzeichnet sind. Im Oktober wurden zwei Kunststoffabriken in Japan bestellt (JAT 20. 10.), im gleichen Monat besuchte eine Handelsmission Tokyo (Kyodo 24. 10. FE 4130), die eine Aufhebung der Handelsbeschränkungen forderte (JAT 27. 10.). Auch mit Afrika wurden die Beziehungen ausgebaut. Diplomatische Beziehungen wurden mit Obervolta (am 11. 10. KCNA 25. 10.), mit Madagaskar (dessen Außenminister Nordkorea besuchte) (am 16. 11. KCNA 16. 11. FE 4148) und mit Zaire (am 15. 12. KCNA 18. 12.) aufgenommen; N-Korea anerkannte Togo am 5. 12. (KCNA 7. 12. FE 4168). Guineas Präsident Beavogui besuchte N-Korea vom 16.–22. 12., unterzeichnete am 21. ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit (KCNA 18., 21., 22. 12. FE 4176, 4180). Kulturabkommen wurden am 12. 12. mit Somalia und Sambia vereinbart (ebda). Ein Handelsabkommen wurde auch mit Algerien für die Jahre 1973–1975 unterzeichnet, wozu Handelsminister Kye Ung-tae nach Algier gereist war (KCNA 9. 11. FE 4142). Aus Guyana besuchte eine Delegation unter Wirtschaftsminister K. S. King N-Korea, vereinbarte am 13. 11. ein Handelsabkommen sowie eines über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (KCNA 14. 11. FE 4145). Aus Uruguay kam eine Parlamentarierdelegation und aus der Dominikanischen Republik eine Delegation der KP, mit Peru wurde ein Abkommen über die Zusammenarbeit der Journalisten unterzeichnet (KCNA 25., 28., 13. 10. FE 4132).

5. Südkorea

Innen- und Wirtschaftspolitik Am 17. 10. verhängte Staatspräsident Park Chung Hee das Kriegsrecht für drei Monate. Das Parlament wurde aufgelöst, Teile der Verfassung außer Kraft gesetzt, um „die Reform des Gesellschaftssystems“ im Hinblick auf die Wiedervereinigung durchzuführen (R. Seoul 17. 10. FE 4121). Die Universitäten wurden geschlossen und erst am 28. 11. wieder eröffnet (R. Seoul 28. 11. FE 4157). Die in der Folgezeit ohne das Parlament verabschiedeten Gesetze liefen auf eine Stärkung der Position von Präsident Park hinaus, ebenso wie auch der Verfassungsentwurf, den er am 27. 10. vorlegte (R. Seoul 23., 27. 10. FE 4133). Der Präsident erhält danach das Recht, die Nationalversammlung aufzulösen, ein Drittel ihrer Mitglieder selbst zu bestimmen und u. a. Verfassungsänderungen einzubringen, womit er praktisch alle Machtbefugnisse auf sich vereinigt (R. Seoul 27. 10. NZZ 30. 10.). Am 21. 11. fand eine Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf statt, bei der sich 90% für die neue Verfassung (Wahlbeteiligung 91,1%) entschieden (NZZ 23. 11.). Mit Wirkung vom 13. 12. wurde das Kriegsrecht aufgehoben (R. Seoul 13. 12. FE 4171) und am 15. 12. eine „Nationalkonferenz für Wiedervereinigung“ gewählt, die am 23. 12. Präsident Park Chung Hee für weitere 6 Jahre als Präsident bestätigte (R. Seoul 23. 12. FE 4180). Die Exporte des Landes

erreichten seit 1964 jährlich eine Steigerungsrate von 40⁰/₀, 1972 wird mit einem Volumen von 1,8 Mrd. \$ gerechnet (R. Seoul 30. 11. W 702).

Außenpolitik Südkoreas Position ist durch die neue Chinapolitik der USA und die japanisch-chinesischen Beziehungen wesentlich beeinträchtigt. „Beunruhigt“ wird die Annäherung zwischen Japan und Korea verfolgt (JAT 17. 10.), der Rückzug der Automobilfirma Toyota mit Rücksicht auf China trug sicherlich nicht zur Beruhigung bei (JAT 29. 11.). Die Truppen Südkoreas sind entgegen anderen Ankündigungen weiterhin in Süd vietnam im Einsatz, da sie von Saigon „dringend benötigt“ werden (JAT 15. 11.). Der Botschafter in Zaire wurde kurioserweise nach der Anerkennung beider koreanischer Staaten zur persona non grata erklärt (R. Kinshasa 2. 12.).

6. Innerkoreanische Beziehungen

Am 12. 10. trat der Koordinierungsausschuß Nord- und Südkoreas in Panmunjon zu seiner ersten Sitzung zusammen; in einem Kommuniqué betonen beide Seiten, daß sie ihre Vereinbarung über Ausdehnung und Wiedervereinigung beider Landesteile einhalten werden (KCNA 12. 10. FE 4117). Auch die Rot-Kreuz-Gespräche wurden fortgesetzt (zur 3. Runde vgl. KCNA 24. 10. FE 4127). Bei der 2. Sitzung des Koordinierungsausschusses vom 2.—4. 11. wurde vereinbart, die Aufgaben und die Zusammensetzung des am 4. 7. gebildeten Ausschusses von Nord/Süd gemeinsam zu regeln, u. a. soll der Ausschuß Fragen der Realisierung der Unabhängigkeit und der friedlichen Wiedervereinigung, der Entspannung sowie der Aktivierung der Beziehungen auf allen Gebieten diskutieren. Der Ausschuß soll wechselweise in den Hauptstädten beider Staaten jeden 2. bzw. 3. Monat tagen, während ein Exekutivrat einmal monatlich zusammentreten soll (Text KCNA 4. 11. FE 4137 FAZ 3. 11.). Am 11. 11. wurde vereinbart, den Propagandakrieg zu beenden (FE 4147 W 702). Auf der 4. Sitzung der Rot-Kreuz-Konferenz am 22. 11. wurde ein gemeinsames Arbeitsgremium eingesetzt (KCNA 22. 11. FE 4153).

7. Mongolische VR

Inneres und Wirtschaft Mitte Oktober wurde Tumenbayaryn Ragchaa zum ersten stellv. Vorsitzenden des Ministerrates erklärt (Montsame 19. 10. FE 4124). Vorsitzender des Volkskontrollkomitees wurde L. Damdinjab, Vorsitzender der Zivilverteidigung wurde J. Jamyan (Montsame 26. 10. FE 4133). Anfang November erfolgte die Ernennung von D. Sodnon zum Vorsitzenden der Staatlichen Planungskommission des Ministerrates, während der Vorsitzende des Komitees für Material und technische Vorräte, B. Rinchinpejee, zum Minister ernannt wurde (Montsame 10. 11. FE 4144). Ein Justizministerium wurde durch Dekret des Großen Volkshourals Anfang Dezember geschaffen, Justizminister wurde D. Purev (Montsame 8., 14. 12. FE 4169, 4172).

In den ersten neun Monaten des Jahres konnte die Industrieproduktion um 11,3⁰/₀ gesteigert, der Plan in verschiedenen Bereichen wie Elektrizität, Kohle, Wolle und Weizen um 2 bis 10⁰/₀ übererfüllt werden (Montsame 9. 10. W. 695). Durch die Hilfe der COMECON-Staaten konnten große Erfolge in der Mechanisierung der Landwirtschaft erzielt werden. In den letzten sieben Jahren wurden mehr als zehn Mio. ha Land fruchtbar gemacht, seit Beginn des letzten Jahres 40 mobile Kraftwerke geliefert (R. Ulan Bator 1. 11. W 700).

Außenpolitik Die intensiven Kontakte mit der UdSSR fanden u. a. ihren Ausdruck im Besuch einer Delegation aus Moskau unter dem stellv. Vorsitzenden des Ministerrates, Vladimir Kirillin (Montsame 7. 10. FE 4114) sowie dem des Ministers für Fleisch- und Molkereiprodukte (R. Ulan Bator 1. 11. FE 4136). Ein Protokoll über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Erziehungswesens wurde am 26. 12. vereinbart (Montsame 26. 12. FE 4183). Mit der CSSR wurde ein Handels- und Zahlungsabkommen unterzeichnet (R. Prag 3. 10. W 695), ebenso mit Bulgarien am 14. 11. (BTA 15. 11. W 700). Am 9. November begann in Ulan Bator die 6. Tagung der Mongolisch-Bulgarischen Regierungskommission über wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit, wozu eine Regierungsdelegation in die MVR gekommen war (ebenda). Vom 7.—10. 10. wurde die 4. Tagung des Ausschusses für Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Mongolei in Ulan Bator abgehalten, wobei eine Vereinbarung über die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne beider

Staaten für die Jahre 1976–1980 unterzeichnet wurde (ADN 10. 10.). Mit Ungarn wurde ebenfalls ein Handelsabkommen vereinbart: Ungarn liefert u. a. Medikamente, Ersatzteile und Ausrüstungen (R. Budapest 14. 10. W 697). Premier Tsedenbal stattete Kuba vom 14.–21. 11. einen offiziellen Besuch ab; am 3. 10. war ein Warenaustauschabkommen für 1973 unterzeichnet worden (Montsame 30. 11. FE 463). Polens Außenminister Stefan Olszowski besuchte die MVR vom 12.–16. 12. (ADN 12. 12.). Mit Nordvietnam ebenfalls ein Warenaustausch-Abkommen für 1973 (VNA 15. 12. W 704).

LATEST PUBLICATIONS FROM

THE INSTITUTE FOR PALESTINE STUDIES

INTERNATIONAL DOCUMENTS ON PALESTINE 1969
Edited by Walid Khadduri

This is the latest volume of a series which includes a selective compilation of statements, speeches, joint communiques, interviews, investigative reports and editorials representing official policy. The 464 documents are divided into the following sections: International (including Israel), United Nations and the Arab World.

Hardback US\$20.00

Published jointly by the University of Kuwait and The Institute for Palestine Studies.

Both available from:

P.O.Box 7164
Beirut
Lebanon

THE INSTITUTE FOR PALESTINE STUDIES

or

P.O.Box 329 A, R.D.No.1
Oxford, Pa. 19363
U.S.A.

PALESTINE: INTERNATIONAL DOCUMENTS ON HUMAN RIGHTS 1948-1972

This book reviews the violations of the human rights of the people of Palestine since the setting up of the state of Israel. It includes a convenient compendium of reports, studies and recommendations issued by international, inter-governmental and private organizations, such as the international Committee of the Red Cross, the World Council of Churches, Amnesty International and the Israel League for Human and Civil Rights.

Paperback US\$2.35

Published jointly by the World Conference of Christians for Palestine, Canterbury, and The Institute for Palestine Studies.